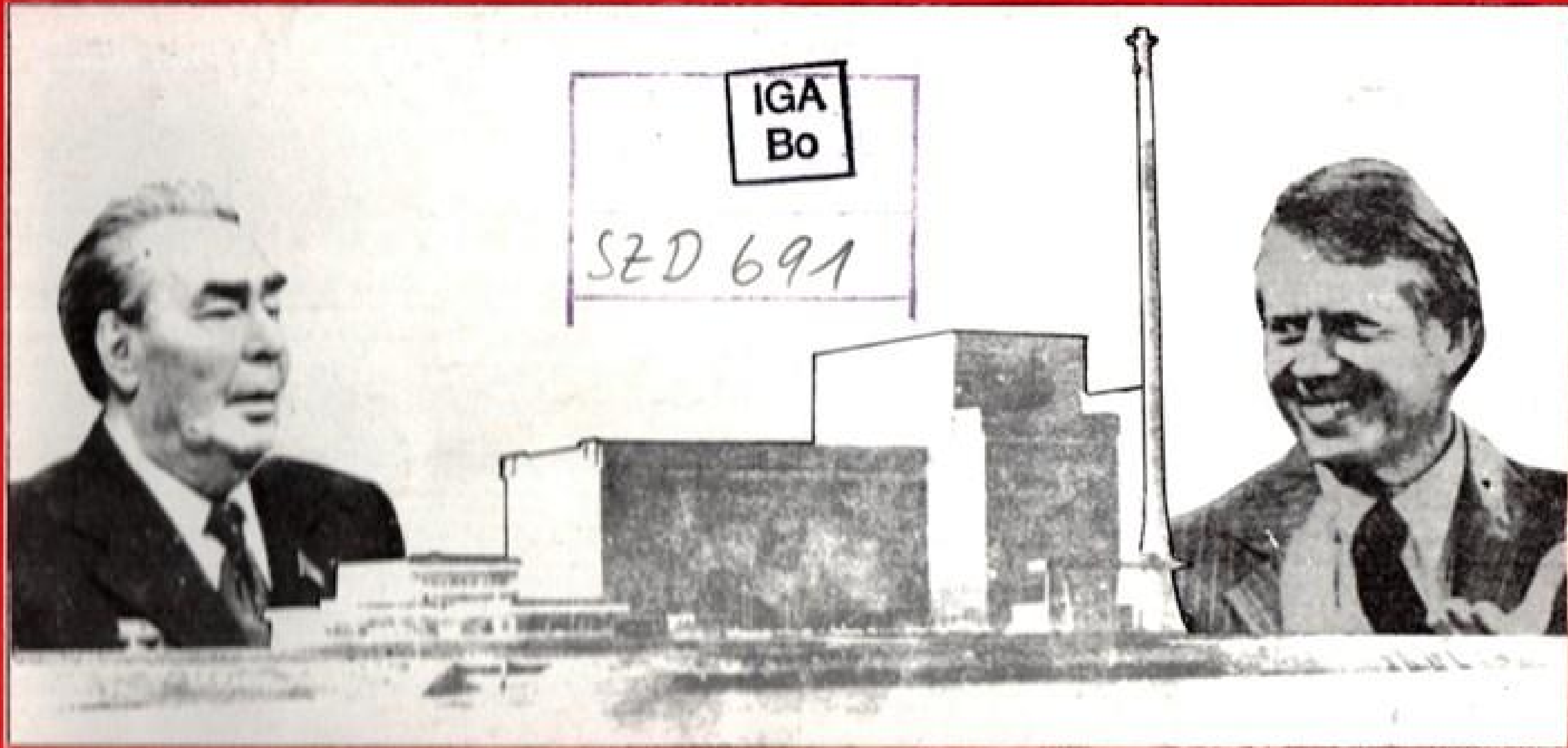
Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

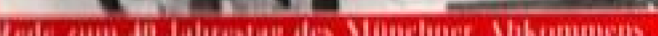
Kommunist

Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Österreichs
Preis S 18.-
8/78



Die wachsende Energieabhängigkeit von der Sowjetunion trägt zur Auslieferung Österreichs an die neuen Zaren bei




Rede zum 40.Jahrestag des Münchner Abkommens




Über die Oktoberrevolution 1848 in Wien

Wie liest man eine Bilanz? Am Beispiel der Jahresbilanz der Elin-Union AG

Der Steyr-Daimler-Puch-Konzern

Leserbriefe


Die „Geschichte der Kommunistischen Partei Österreichs" - eine revisionistische Entstellung

Kommunist

Kommunist — Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Österreichs, **erscheint monatlich. Einzelpreis:** S 18,-. **Abonnementpreis-Inland:** Halbjahr S 122,50, Ganzjahr S 245,-. **Abonnementpreis-Ausland:** Halbjahr S 137,50, Ganzjahr S 275,-. **Bestellungen an:** Alois Wieser Ges.m.b.H., Vertrieb revolutionärer Literatur und Schallplatten, 1042 Wien, Postfach 13. **Redaktionsadresse:** Redaktion Kommunist, 1042 Wien, Postfach 52.

Impressum: Eigentümer, Herausgeber, Verleger: Kommunistischer Bund Österreichs. Für den Inhalt verantwortlich: Wolfgang Stagel, alle 1020 Wien, Krummbaumgasse 1. Druck: Alois Wieser Ges.m.b.H., 1040 Wien

Die wachsende Energieabhängigkeit von der Sowjetunion trägt zur Auslieferung Österreichs an die neuen Zaren bei

Nationaler Ausverkauf - ein Wesenszug der reaktionären Energiepolitik der österreichischen Monopolbourgeoisie

Die Energiepolitik der österreichischen Monopolbourgeoisie ist in allen ihren Hauptseiten eine reaktionäre, imperialistische Politik:

— Als Mitglied der Internationalen Energieagentur tritt Österreich zusammen mit westlichen imperialistischen Staaten unter dem Kommando des US-Imperialismus gegen die erdölproduzierenden Länder der Dritten Welt auf, um deren Naturreichtümer weiterhin zu plündern,

— Die Energieversorgung Österreichs wird in zunehmendem Maß größeren imperialistischen Mächten ausgeliefert und von ihnen abhängig — im größten und bedrohlichsten, immer weiter wachsenden Maß von der Supermacht Sowjetunion.

— Heimische Energiequellen werden auf Grund schlechter Profitaussichten nicht genützt, vorhandene Anlagen verrotten (Wasserkraft ist noch nicht einmal zur Hälfte genützt; kleine Wasserkraftwerke verfallen; Kohlengruben werden geschlossen)

— Die österreichische Arbeiterklasse und das Volk müssen über Tarife und Steuern für diese gesamte reaktionäre Energiepolitik einstehen zugunsten billiger Energie für das Groß-und Monopolkapital.

In diesem Artikel soll die Unterhöhlung der Unabhängigkeit Österreichs durch die Kontrolle von seiten der Supermacht Sowjetunion untersucht und beurteilt werden. Nicht deswegen legen wir besonderes Augenmerk auf die Abhängigkeit von der SU, weil die Abhängigkeit von der westlichen Supermacht, den USA, und nach ihr im speziellen auch von der BRD, geringfügig wäre. Diese Abhängigkeiten reichen weit zurück und finden heute verschiedene Ausprägungen:

Die Einbeziehung der österreichischen Energiepolitik in die Kriegsvorbereitungen der USA und der NATO; die Kontrolle der USA über Anreicherung und jeden Schritt der Weiterverwendung des Urans für das erste Atomkraftwerk in Österreich; die äußerst enge Verknüpfung des elektrischen Verbundnetzes zwischen der BRD und Österreich, die ihresgleichen in ganz Europa sucht (fast 20 grenzüberschreitende Leitungen) sowie die Ausbeutung großer Wasserkraftressourcen in Tirol und Vorarlberg durch das westdeutsche Finanzkapital; die Abhängigkeit von den großen Ölgesellschaften der



Der sowjetische Erdgasminister besichtigt am 28.Juni die ÖMV-Erdgaszentrale. Bei dieser Gelegenheit wurde eine weitere Ausweitung der Erdgaslieferungen aus der UdSSR nach Österreich vereinbart.

westlichen imperialistischen Staaten.

Diese zum Teil weitreichenden Beziehungen der Abhängigkeit und Unterwerfung bekämpfen wir, wobei uns der großartige Aufschwung des Kampfes der Länder der Dritten Welt und die Bestrebungen der westeuropäischen Länder zur Lösung von der Vormundschaft und Kontrolle durch die USA zustatten kommen.

Es hieße aber einen folgenschweren Fehler begehen, würden wir uns heute nur gegen die Abhängigkeit auf dem Gebiet der Energieversorgung von den USA, der BRD usw. wenden, ja es wäre auf diesem Gebiet sogar falsch, würden wir uns auch nur hauptsächlich dagegen und daneben nur in gewissem Grad gegen die Abhängigkeit von der Sowjetunion wenden.

Warum? Hier sind vor allem zwei Gründe ausschlaggebend:

Erstens ist die Sowjetunion heute eine sozialimperialistische Supermacht und ist ihre gesamte Energiepolitik nach innen und außen festes Element ihrer rabiaten Kriegstreiberei, die wesentlich auf die Eroberung und Unterwerfung Westeuropas als Schritt zur Eroberung der Weltherrschaft abzielt; zweitens droht die Beschwichtigungspolitik der Finanzbourgeoisie Österreichs, das im Herzen Europas und vor den Toren des heutigen unmittelbaren Einflußbereiches der Sowjetunion liegt, die Energieversorgung Österreichs in noch weit größerem und bedrohlicherem Maße, als sie es ohnehin schon ist, von der Sowjetunion abhängig zu machen.

Mehr als 99% der Erdgasimporte, mehr als 80% aller Kohlenimporte, mehr als 30% des Rohölimports Österreichs stammte 1976 bzw. 1977 aus der Sowjetunion bzw. den von ihr kontrollierten RGW-Staaten. „Von den österreichischen Brennstoffimporten entfielen 1973 (wertmäßig) 14,5 Prozent auf die UdSSR, 1977 schon 27 Prozent“ (austria economist, 21.4.1978). Bevor wir die einzelnen Sektoren der Energieversorgung Österreichs im Lichte der bestehenden großen und weiter wachsenden Abhängigkeit von der Sowjetunion genauer untersuchen, noch einige Erklärungen zur Entwicklung der sowjetischen Energiepolitik und zu den Absichten, die die neuen Zaren damit verfolgen.

Sowjetische Energiepolitik — elementarer Bestandteil der sozialimperialistischen Kriegsvorbereitungen

Zur Charakterisierung der sowjetischen Bestrebungen auf dem Rohstoff- und Energiesektor zitieren wir aus dem Artikel „Rüstungspolitik und Wirtschaftskrise in der Sowjetunion“:

„Zur Belebung der wirtschaftlichen Lage strebt die Moskauer Führung nunmehr nach einer raschen Erschließung von neuen Rohstoffquellen, vor allem im asiatischen Teil des Landes, bzw. nach einer verstärkten Wirtschaftskooperation mit dem Westen, die in erster Linie dazu dienen soll, den technologischen Rückstand der UdSSR zu beheben. Die Rohstofflage ist dabei von einem Paradoxon gekennzeichnet: Obwohl die Sowjetunion zu den rohstoffreichsten Ländern der Welt zählt, macht die Erschließung neuer Bodenschätze nicht die erhofften Fortschritte, was deshalb wichtig wäre, weil gerade die sowjetischen Rohstoffe zu den wichtigsten Exportgütern in westliche Staaten gehören. Die mit diesen Rohstoffexporten eingenommenen Devisen sollen ihrerseits dem Technologietransfer und der Produktivitätssteigerung dienen.

Sowjetischen Angaben zufolge wurden 1975 unter Einbeziehung der Wasser- und Atomkraftwerke in der UdSSR Energie und Energieträger erzeugt, die etwa 20% der Weltproduktion betrugen; allein der Anteil von Erdöl und Erdgas an der Brennstoffgewinnung verzeichnete im Zeitraum 1965 - 1974 eine Steigerungsrate von 51 auf 65%. Während 1975 die Sowjetunion 490 Millionen Tonnen Erdöl förderte und damit unter den erdölproduzierenden Staaten der Welt den Spitzenplatz einnahm, ist für 1980 eine

Förderung von 620 – 640 Millionen Tonnen geplant. Allein dieses Vorhaben zeigt die Bedeutung, die die Führung in Moskau der Erschließung neuer Erdölvorkommen, insbesondere in Westsibirien (Tjumen-Gebiet) auf der Halbinsel Mangyšlak oder in Udmurtien, beimißt." (Österreichische Osthefte, Nr. 4/1977, S. 267/68)

Die sowjetischen Führer haben hochfliegende Pläne, gut 60% aller Betriebe arbeiten direkt oder indirekt für die Rüstungsproduktion, die jährlichen sowjetischen Rüstungsausgaben übertreffen die der USA bereits beträchtlich, und gerade auch die Erschließung neuer Erdöl- und Erdgasvorkommen in der UdSSR, der rasante Ausbau der Kernenergie, der wieder verstärkte Einsatz der Kohle und der großräumige, auf ganz Europa berechnete Ausbau der sowjetischen Erdöl-und Erdgaspipelines sowie des Elektrizitätsnetzes zeichnen schon heute die Linien vor, auf denen die sowjetischen Führer nach Westeuropa dringen wollen.

Aber gleichzeitig ist die sowjetische Wirtschaft im Vergleich zu der der USA innerlich schwach und eilen die Pläne der Sozialimperialisten in Moskau ihren Möglichkeiten weit voraus. Zur Behebung dieser Schwäche zehrt die Sowjetunion jene osteuropäischen Länder, die sie völlig unter der Knute hat, noch stärker aus, vor allem aber brennen die sowjetischen Führer auf wirtschaftliche und technische Hilfestellung aus dem Westen, auf Know-how, hochwertige Waren und günstige Kredite, wofür sie im Gegenzug gern Rohstofflieferungen auf lange Sicht zusichern – ohne diese Hilfestellung durch die westlichen Imperialisten könnten die sowjetischen Führer viele dieser Rohstoffvorkommen überhaupt nicht erschließen. Sind die Förderstätten in der Sowjetunion und die Pipelines nach Westeuropa einmal fertig, drehen jedenfalls – Lieferverträge hin oder her – Breschnew und Konsorten an den Hähnen.

Westeuropa immer mehr in eine Energieversorgung aus der Sowjetunion zu verstricken, ist nur die eine Seite der sowjetischen Politik. Sie findet ihre Ergänzung in den hektischen Vorbereitungen der neuen Zaren darauf, Westeuropa von seinen Erdölzufuhren aus dem Nahen Osten abzuschnüren und die betroffenen Länder zu erpressen und gefügig zu machen oder dann im offenen Kriegsfall von vornherein empfindlich zu schwächen.

Die Geschäfte der westlichen Imperialisten mit der UdSSR, Geschäfte wie „Rohre gegen Brennstoff", wofür Österreich mit dem ersten Erdgasvertrag 1968 den Vorreiter für alle westlichen Imperialisten spielte, sind äußerst gefährlich. Sie bedeuten tatsächlich, worauf die Volksrepublik China immer hinweist, einen Tiger hochzüchten, der einen später selbst überfallen wird. Die russischen Pipelines mitten ins Herz Europas und womöglich bald bis tief nach Westeuropa hinein – sind es die Linien, entlang denen einst die russischen Panzer vorstoßen werden, wenn sie die Sowjetunion stark genug fühlt? *„Die offiziellen Angaben über die Entwicklung der sowjetischen Wirtschaft (1976 – 1980) deuten darauf hin, daß der Verbrauchszuwachs an Erdöl vor allem im Brennstoffbereich gezielt gesenkt werden soll"* (Wochenbericht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, 15.12.77). Warum wohl? Weil die Sowjetunion das Öl teuer verkaufen und dringend benötigte Devisen scheffeln will, vor allem aber, weil sie die Zehntausende von Panzern, die sie heute schon in Osteuropa stationiert hat, nicht nur aus Abschreckungsgründen zur Schau stellt, sondern vielmehr aus Angriffsgründen in Bewegung setzen will – und das bedarf schon einigen Treibstoffs!

Die sowjetischen Pläne sind hochfliegend: „Gesamteuropäischer Elektrizitätsverbund", „gesamteuropäische Zusammenarbeit bei Atomkraftwerken", „gemeinsame Erschließung der sibirischen Bodenschätze" – hinter solchen Schalmeienklängen verbergen sich die kühlen sowjetischen Berechnungen, Westeuropa zu unterjochen. Die Entspannungspolitik, Leute wie Kreisky, der „lieber auf Kossygin als auf Gaddaffi" setzt, das ist Erfüllungsgehilfentum gegenüber den Sozialimperialisten, hat schon viel Schaden angerichtet und stachelt die sowjetischen Kriegstreiber nur noch mehr an. *„Für eine langfristige, stabile, komplexe Zusammenarbeit der europäischen Staaten im Berech der Energetik besteht schon eine recht solide Basis. Von diesen objektiven Voraussetzungen geht die Sowjetunion aus, wenn sie ihren westeuropäischen Partnern vorschlägt, ein so wichtiges Problem der Weltwirtschaft wie die Energetik gemeinsam zu lösen.*

Die gemeinsame Lösung des Energieproblems würde nicht nur rein ökonomischen Nutzen bringen, sondern sich auch organisch in eine friedliche Zusammenarbeit in Europa fügen, die die Verbindungen zwischen seinen Völkern und Ländern fester knüpfen und die zunehmendes Interesse daran finden ließe, den Frieden für lange Jahre zu erhalten." (Energie für Europa, Ruslan Bakalo in: Neue Zeit, Nr. 27/76)

Freilich könnte das den Herrn im Kreml so gefallen, wenn ihnen Westeuropa oder zumindest einige Länder unversehrt und widerstandslos in die Hände fielen. Am Widerstand der Völker werden diese Pläne letztlich scheitern. Dieser Widerstand wird aber umso größere Opfer erfordern, der Krieg in Europa wird umso früher verheerende Realität sein, je hartnäckiger und länger im Westen die Beschwichtigungspolitik der bürgerlichen Regierungen gegenüber der UdSSR dominiert. Die österreichische Regierung ist dafür bis heute leider ein Musterbeispiel im negativen Sinn und auf dem Gebiet der Energieversorgung und ihrer Auslieferung an die Sowjetunion wird dies deutlicher als auf jedem anderen Gebiet.

Energieimporte und Verbrauchsstruktur

Kohleimporte	1960	%	1976	%
Steinkohle	3.801	71,8	2610	60,4
Steinkohlenkoks	793	15,0	1.079	25,0
Steinkohlenbriketts	—	—	31	00,7
Braunkohle und Braunkohlenbriketts	700	13,2	600	13,9

(sämtliche Angaben in 1000 Tonnen)
(Quelle: Taschenbuch für Energiestatistik, 1976)

	BRD	Polen	SU	CSSR	Ungarn	Jugosl.	Summe	%
Verbraucher: ÖBB	0,2	70,3					70,5	2,7
Sonst. Verkehr	—	1,3	—	—	—	—	1,3	0,05
Wärmekraftwerke	—	—	—	—	—	—	—	—
Fernheizkraftwerke	—	14,3		—	—	—	14,3	0,6
Kokerei Linz	234,1	652,3	698,2	646,5	—	—	2.231,1	85,5
Industrie	3,6	8,2	35,7	—	9,2	—	56,7	2,15
Hausbrand	3,5	229,8	—	—	2,6	0,1	235,9	9,0
Summe	*214,4*	*976,2*	*733,9*	*646,5*	*11,8*	*0,1*	*2610,0*	*100*

Alle Angaben in 1.000 Tonnen

Die Kohleimporte insgesamt sanken zwar, beim für die Industrie wichtigen Steinkohlenkoks waren jedoch steigende Importe zu verzeichnen. Trotz der fallenden Kohlengesamtimporte wird jedoch heute der österreichische Bedarf an Steinkohle zu 100 % durch diese Importe gedeckt.

Steinkohle:

Die Importe aus der BRD wurden stark eingeschränkt (1960 44,7 %, 1976 nur mehr 9,2 %), dafür stieg der Anteil der RGW-Importe von 19,3 % (1960) auf 28,4 % (1976)

Steinkohlenkoks:

Die Importe dieses Rohstoffes wurden von 1960 bis 1976 absolut und relativ gesteigert, wobei die Importanteile westlicher Lieferanten erheblich sanken (1960 69 %, 1976 21,4 %), von denen 1976 die BRD mit allein 20,2 % den größten Anteil halten konnte.

Bei Steinkohlenkoks wurden 1976 bereits 40,9 % des gesamten Inlandsbrauchs importiert. Wiederum stiegen die Importe aus den RGW-Ländern beträchlich.

Steinkohlenkoksimporte (in 1.000 Tonnen und in % der Gesamtimporte)	1960	%	1976	%
CSSR	116	14,6	442	41,0
Polen	60	7,6	321	29,7
SU	61	7,7	80	7,4
RGW gesamt	*237*	*29,9*	*843*	*78,1*
Summe Importe	*793*	*100*	*1079*	*100*

Beim Verbrauch dieses Rohstoffs liegt die Industrie mit 78,3 % an erster Stelle, wobei allein 34 % des Bedarfes aus den gananten Importen gedeckt werden. Eine noch höhere Importabhängigkeit besteht beim Bedarf für den Hausbrand, der zu 59 % aus Importen gedeckt wird.
(s. Taschenbuch für Energiestatistik 1976)

Beim Industriebedarf überwiegt ebenfalls der Anteil der RGW-Lieferanten (80 % Polen und CSSR), der Rest stammt aus der BRD, wobei der Hauptanteil am Industrieverbrauch bei der Eisen- und Metallindustrie liegt, 1976 waren das 97 %, die nur aus Importen gedeckt wurde, kleinere Anteile entfallen auf die chemische und die Nahrungsmittelindustrie.

Bei **Steinkohlenbriketts** ist eine rasche Abnahme der Importe von 272 000 1970 auf 31.000 1976 festzustellen, wobei die BRD Hauptlieferant war und ist. Fast die gesamten Importe werden zu Heizzwecken verwendet, betrugen jedoch 1976 nur 0,7 % der gesamten Importe von Brennstoffen.

Importe von **Braunkohle und Braunkohlebriketts** weisen eine seit 1960 im wesentlichen gleichbleibende Summe aus. Die Struktur der Lieferländer unterlag jedoch starken Veränderungen. Der Anteil der RGW-Lieferanten fiel von 72,5 % 1960 auf 41,7 % 1976. Die Braunkohleimporte deckten 1976 16,7 % des gesamten Inlandsbedarfes, wobei jedoch z.B. die ÖBB 70,8 % ihres Bedarfes an Braunkohlenbriketts aus der DDR deckte.

Den Hauptinlandsverbrauch tätigten 1976 die Wärmekraftwerke (49,9 %), der Hausbrand (23,9 %), die Fernheizkraftwerke (14 %) und die Indsutrie (8,8 %).

Die Haushalte verbrauchen 18 % des gesamten Bedarfes an festen Brennstoffen, 52,7 % die Industrie. Allein beim Jahresbedarf 1976 von 3581,8 x 1000 t (40,4 % des Verbrauches an festen Brennstoffen % für die Energieerzeugung aufgebraucht wurden, wurde ein gutes Fünftel importiert.

Dem Jahresbedarf von 3,6 Mio t stehen lt. Energiestatistik 1976 123 Mio t sichere und wahrscheinliche Reserven gegenüber, das würde bei einem auf 4 Mio t gesteigerten jährlichen Einsatz ohne Importe für 30,8 jahre reichen!

Beim Kohleverbrauch war 1976 dei Schwerindustrie weitgehend von dem Import aus der UdSSR bzw. RGW-Ländern abhängig, die Kokerei Linz zu 100 %, die Eisen-und Metallindustrie (insbesondere die VÖEST und ihr Tochterbetriebe) zu 31 %, bei der Heizstoffversorgung für Haushalte zu 51 % und bei der Stromversorgung zu 11 %.

Erdöl und Erdölprodukte

Die festen Brennstoffe wurden etwa seit Beginn der Sechzigerjahre zunehmend durch das damals viel billiger zu plündernde Erdöl ersetzt. 1960 wurden noch 39,7 % des Gesamtbedarfes an flüssigen Brennstoffen importiert, wobei damals die Sowjetunion Hauptlieferant mit 38 % der Gesamtimporte war. Gegen Ende der Sechzigerjahre beteiligte sich die österreichische Bourgeoisie zunehmend an der Erdölausplünderung der Dritten Welt. Hauptlieferant war von Beginn an der Irak, der seinen Lieferanteil von 7,2 % des Gesamtimporte 1970 auf 27 % im Jahre 1976 steigerte. Insgesamt bestritten die Länder der Dritten Welt 1976 60,3 % der Gesamtimporte gegenüber 2,5 % im Jahre 1960. Seit der „Ölkrise" 1973/74 versuchte die österreichische Bourgeoisie, ihre Importe aus dem Irak einerseits durch solche aus dem Iran und Saudiarabien, von denen sie sich „kulantere" Bedingungen versprach, zu ersetzen, andererseits bezog sie, insbesondere seit 1974, einen steigenden Anteil aus der Sowjetunion (1974: 10,9 %, 1976: 17 %). Bei den Rohöllieferungen allein stieg der sowjetische Import von 1974 13,22 % auf 1977 27,8 %

Der Erdölanteil an der gesamten dem Verbrauch zugeführten Energie wurde von 26,6 % (1960) auf 53,1 % (1976) angehoben, und Österreich importierte 1976 bereits 83,2 % aller flüssigen Brennstoffe für die Energieaufbringung, davon 76,1 % Rohöl, 14,2 % Heizöl und 7,1 % Motorenbenzin.

Dem Verbrauch zugeführte Energie

	feste Brennstoffe Anteil i. %	Erdölprodukte Anteil i. %	Naturgas Anteil i. %	Wasserkraft Anteil i. %	10^3 t-SKE
1960	53,3	26,6	11,6	8,5	14.528
1970	28,2	50,0	13,6	8,2	23.851
1971	23,3	54,2	15,4	7,1	24.483
1972	23,1	53,8	15,6	7,5	25.887
1973	21,4	55,4	15,5	7,7	28.272
1974	23,0	50,8	17,4	8,8	27.463
1975	20,9	52,1	18,1	8,9	26.481
1976	19,5	53,1	19,4	8,0	28.231
1976 in 10^3 t-SKE	161,5	439,4	160,5	66,0	827,4

Der starke Anstieg der Erdölprodukte an der verbrauchten Energie erfolgte hauptsächlich zwischen 1960 und 1970, und zwar von 26,6 % auf 50,0 % (1970), seither gab es zwar Schwankungen bis zu 5,5 %, ansonsten blieb die Gesamtmenge am Verbrauch sowohl absolut als auch relativ ungefähr gleich. Von sämtlichen verbrauchten Erdölprodukten hielt 1976 das Heizöl mit 47,28 % den höchsten Anteil, dessen Verbrauch sich folgendermaßen aufgliederte:

	Menge in 10^3 t	%
Wärme- u. Fernheizkraftwerke:	880,8	17,19
Wärmeabgabe und Sonstiges	54,7	1,08
ÖBB	23,0	0,45
Industrie	2169,6	42,33
sonst. Verbrauch	199,2	38,95
Summe	*5124,3*	*100,00*

(Quelle: Taschenbuch für Energiestatistik 1976)

Die Hauptverbraucher der Industrie waren 1976 die

		%
Eisenhütten mit	430,3 × 10^3 t =	19,83
Erdöl	108,9 × 10^3 t =	5,01
Steine und Keramik	462,0 × 10^3 t =	21,29
Chemie	132,3 × 10^3 t =	6,09
Papiererzeugung	209,6 × 10^3 t =	9,66
Nahrungs- und Genußmittel	277,9 × 10^3 t =	12,81
Textilindustrie	123,2 × 10^3 t =	5,68
Sonstige		19,63
Gesamt	2169 × 10^3 t =	100,00

Quelle: Taschenbuch für Energiestatistik) 1976

Bei dieser Verbrauchsstruktur ist jede zusätzliche Lieferung an Erdöl und Erdölprodukten aus der Sowjetunion oder den von ihr beherrschten Ländern des RGW ein weiterer Schritt in die Unterordnung vor allem der Rohstoff-und Energieversorgung der Industrie unter die Wünsche der Sozialimperialisten. Das gilt insbesondere unter Berücksichtigung des zügigen Ausbaus der sowjetischen Erdölproduktion mithilfe westlichen Kapitals. Der Transport der Ölimporte erfolgt hauptsächlich über den Hafen Triest, von dort über die „Transalpine-Ölleitung" (TAL) -Triest - Ingolstadt, die von dieser bei Würmlach (Südkärnten) abzweigende „Adria-Wien-Pipeline" (AWP) nach Schwechat. Westösterreich wird zu einem geringen Teil über die „Rheinische Ölleitung" (GEL) via Vorarlberg - Ingolstadt versorgt. Die Verarbeitung des Rohöls erfolgt fast ausschließlich in Schwechat, von wo aus seit 1976 die PLW (Produktenleitung West) aus dem Tanklager Lobau der Hauptverbrauchsraum Linz mit dem Pflichtnotstandslager St.Valentin (Kapazität 350 000 m³) versorgt wird. Das russische Erdöl wird bisher über den Ölhafen Triest und die AWP, kleinere Mengen auf der Donau, nach Österreich transportiert. Aber der Anschluß Österreichs an den bis Bratislava führenden Abzweiger von der sowjetischen Erdölleitung „Freundschaft" ist nur mehr eine Frage der Zeit – soferne die österreichische Bourgeoisie ihre Beschwichtigungspolitik fortsetzt, wofür alle Anzeichen sprechen.

Erdgas

Österreich war 1968 das erste Land West- und Mitteleuropas, das mit der Sowjetunion langfristige Lieferverträge für Erdgas abschloß und seine Bezüge seither, vertraglich festgelegt, regelmäßig erhöht:

1968 - 1978 : 1,5 Mrd. m^3/Jahr
1978 - 1980 : 2,25 Mrd. m^3/Jahr
ab 1980 : 2,5 Mrd. m^3/Jahr
(Quelle: Länderbank-Wirtschaftsdienst Jg. 33/Nr. 14)

Verträge über zusätzliche Lieferungen von 900 Mio m^3 1976, weitere 500 Mio m^3 jährlich ab 1978, je 250 Mio m^3 1978 und 1979, ab 1980 jährlich weitere 500 Mio m^3, 1976 und 1977 als „Überbrückungshilfe" noch je 250 Mio m^3 erhöhten die Erdgasabhängigkeit noch beträchtlich.

Vorfinanziert wurden die ersten Verträge mit Stahlblechlieferungen für Röhren, die in der BRD zusammengeschweißt wurden, und dem Ausbau des sowjetischen Gastransportnetzes dienten. Gleichzeitig wurde auch das österreichische Gasleitungsnetz verstärkt ausgebaut, insbesondere wurde die „Transalpine-Gasleitung" (TAL) errichtet, die aus der CSSR über Baumgarten (Marchfeld) und Arnoldstein/Podklöster (Kärnten) nach Italien verläuft (Kapazität 15 Mrd. m^3). Ab Mitte 1978 wird über die „Südostleitung" (SOL), die bei Weitendorf (Steiermark) von der TAL abzweigt Erdgas nach Jugoslawien transportiert. Die SOL beliefert auch das ganze obersteirische Industriegebiet mit russischem Erdgas. Die „West-Austria-Gasleitung" (WAG) - von Baumgarten bis Oberkappl (OÖ) mit Abzweigung in den Linzer Raum ist in Bau. Über sie soll Erdgas weiter bis nach Frankreich transportiert werden.

Der Bau dieser Leitungen entspricht im wesentlichen den Wünschen der Sozialimperialisten bezüglich der Schaffung eines gesamteuropäischen Energieversorgungssystems. Bei einem Festakt in der Erdgasimportstation Baumgarten anläßlich des „10-jährigen Erdgasimportjubiläums" erklärte der ÖMV-Generaldirektor Bauer, daß „die durch Österreich führenden Erdgasleitungen zentraler Bestandteil des europäischen Erdgasverbundsystems" seien. Das entspricht den Tatsachen. Das gesamte aus der Sowjetunion stammende Erdgas für Italien (seit 1974) und für Frankreich (seit 1976) wird über Österreich geliefert, ebenso für Jugoslawien. Die Anschlußstelle Baumgarten verbindet den österreichischen Teil des Netzes mit der bestehenden RGW-Leitung „Sojus" und der in Bau befindlichen „Nordlicht". Die ÖMV, die französische Gaz de France und die westdeutsche Ruhrgas vereinbarten mit dem Iran die Lieferung von Erdgas. In einem Zusatzvertrag mit der sowjetischen Sojusgazexport wurde festgelegt, daß das iranische Erdgas in der UdSSR verbleibt, während nach Westeuropa eine entsprechende Menge russischen Erdgases fließt. Ab Ende 1980 werden über die Leitung Kangan-Astara jährlich über 17 Mrd. m^3 Erdgas aus dem Iran in den Süden der Sowjetunion geliefert.

Die Sowjetunion wird die gleiche Menge eigenen Erdgases in die CSSR, die BRD, nach Frankreich und Österreich liefern.

Die CSSR hat für die Verteilung der Gasexporte der Sowjetunion eine Schlüsselstellung wie Österreich. Über sie werden mittels großdimensionierter Leitungen sowohl die DDR als auch die BRD und Österreich beliefert. Von sowjetischem bzw. tschechoslowakischen Territorium aus kann allen am System hängenden Ländern das Gas über die verschiednen Leitungssysteme separat abgesperrt werden. Zwischen den einzel nen kleineren RGW-Ländern bestehen nur unzureichende Verbindungen. Die strategische Bedeutung Österreichs als Erdgasverteiler liegt auf der Hand.

Die wachsende Abhängigkeit Österreichs von sowjetischen Erdgasimporten drückt sich folgendermaßen aus: Der Anteil des Erdgases an der gesamten dem Verbrauch zugeführten Energie (in SKE) stieg von 11,6 % (1960) auf 19,4 % (1976) und steigt weiterhin. Während 1960 noch der Gesamtbedarf aus Inlandsproduktion stammte, wurden 1976 bereits 55,3 % importiert, von diesen Importen kamen 99,5 % aus der Sowjetunion. Der verschwindende Rest stammte aus der BRD.

Die Verbrauchsstruktur 1976 gab folgendes Bild:

	Menge in $10^6 m^3$	Prozent
Wärmekraftwerke	911,4	20,64
Fernheizkraftwerke	67,1	1,52
Gaswerke	270,8	6,14
Raffinerien	201,3	4,56
Petrochemie	454,8	10,30
Industrie	1.884,9	42,69
Kleinverbrauch	624,8	14,15
Gesamtverbrauch	4.415,1	100,00

(Quelle: Jahrbuch für Energiestatistik 1976)

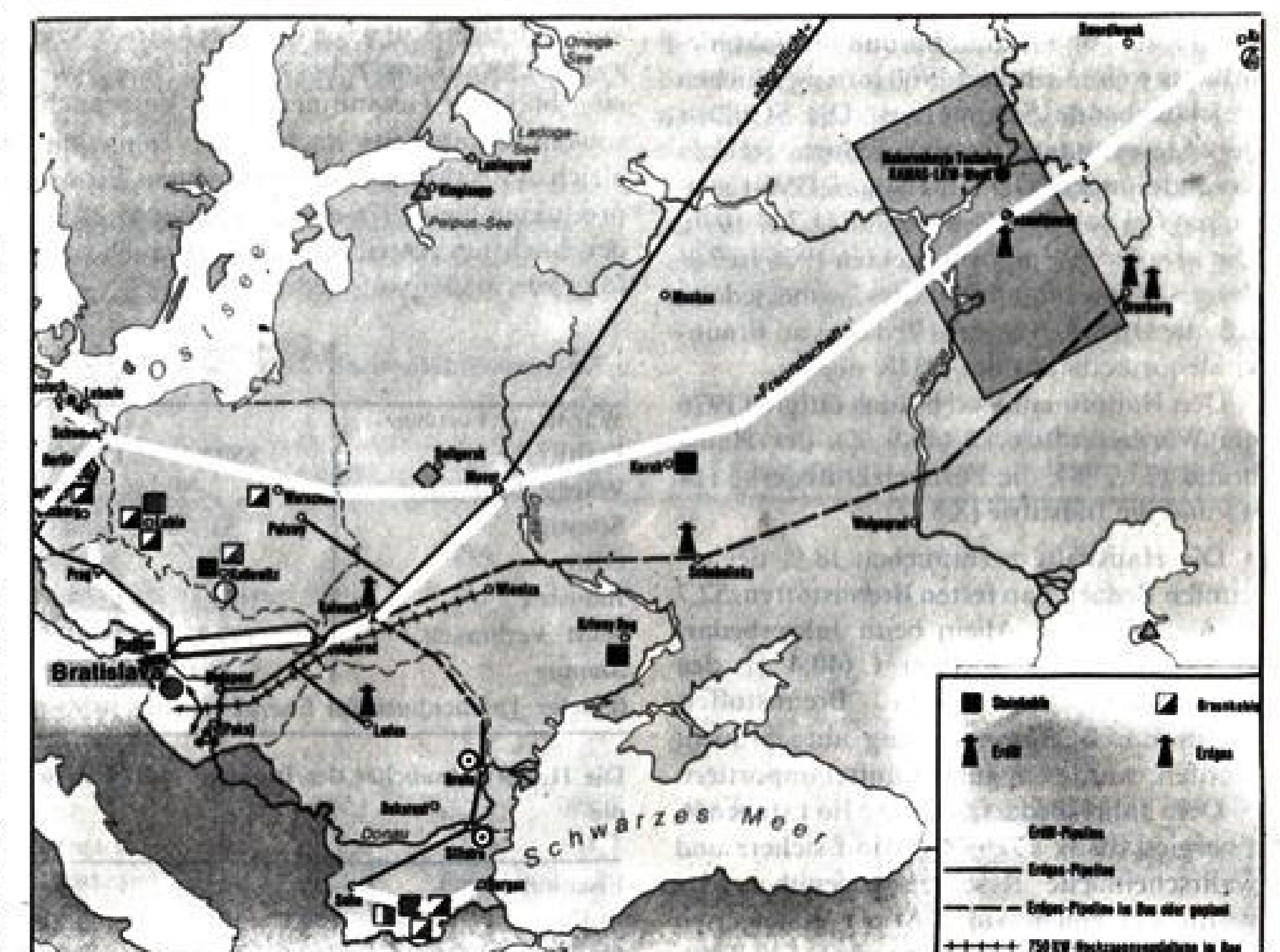
Die Hauptverbraucher der Industrie waren 1976 die Eisenerzeugung mit 26,12 % des gesamten Industrieverbrauches, die Papierindustrie mit 22,6%, die chemische Industrie mit 16,99 % und die Zementindustrie mit 8,92 %. Der größte Verbraucher von Erdgas ist die Che mie-Linz-AG mit einem Jahresbedarf von 500 - 600 Mio m^3 (lt. Gen.Dir. Buchner).

Regierung und Energiemonopole (ÖMV) haben vor, die Erdgasimporte auf etwa 80 % des Gesamtverbrauches zu steigern, unter Hinweis auf die „geographische Lage" und die Eingliederung in den Erdgasverbund, der den wachsenden Bedarf bis weit übers Jahr 2000 hin gedeckt erscheinen lasse:

nach einem ÖMV-Vertreter gehe es dabei um den Zugriff zu den 70 % der Weltreserven, die im Mittleren Osten, in der Sowjetunion, in der Nordsee sowie in Nord- und Westafrika liegen - alles Regionen die zu Europa günstiger als für die „Bedarfsmitbewerber" USA und Japan liegen, wie der ÖMV-Vertreter erklärte (apa-austria economist 4.4.1978). Vielleicht wittert das österreichische Monopolkapital hier auch eine Chance zur Zusammenarbeit der Sowjetunion „in Drittländern"?

Atomkraftwerke

Ein eigenes Kapitel stellt die Atomkraftwerkspolitik dar: Bekanntlich plant die Sowjetunion, ihr Elektroenergieproduktion mit Hilfe der Atomkraftwerke gewaltig zu erhöhen, um einerseits den steigenden Bedarf vor allem für die Rüstungsproduktion zu dekken, andererseits Rohstoffe wie Kohle, Öl und Erdgas einzusparen.



Diese Karte zeigt das Erdgas, Erdöl und Stromverbundnetz des RGW.

Die Erdgasleitung „Nordlicht" führt aus dem Norden der UdSSR zur Westgrenze, von dort weiter über Ungarn nach Bratislava; die im Bau befindliche Erdgasleitung „Sojus" führt vom O renburger Revier ebenfalls zur sowjetischen Westgrenze, wo sie bei Kalusch mit der anderen Hauptleitung zusammentrifft. Die große Erdölleitung „Druschba" durchquert die UdSSR und führt dann in einem Ring durch Polen, die DDR und die CSSR, wobei wiederum Bratislava der Treffpunkt dieser Ringleitungen ist. Die Karte zeigt die große Bedeutung der slowakisch-österreichischen Grenze für die Energiepolitik der UdSSR, die die Kontrolle über alle diese Energieverbindungen hat.

Nicht zuletzt geht es den Sozialimperialisten darum, auf dem Markt für Atomkraftwerke die anderen Konkurrenten auszuschalten, insbesondere die USA. Dazu benötigen sie die Technologie Westeuropas, die auf diesem Sektor an das Entwicklungsniveau der USA heranreicht oder teilweise überholt hat. Sowjetische Atomkraftwerke werden bereits in Serie produziert, dabei sind die kleineren RGW-Länder, insbesondere die CSSR, nach den Prinzipien der „Internationalen Arbeitsteilung" bereits zu „Spezialisten" für gewisse Bauteile degradiert worden. Nachdem sich die Sozialimperialisten einerseits ihr Kapital für die verstärkte Aufrüstung freihalten wollen, andererseits mit der AKW-Technologie nicht zurande kommen, benötigen sie weitere spezialisierte Zulieferanten.

„In einem sehr konkreten Stadium wurde die Einschaltung österreichischer Firmen bei der Fertigung von Teilen für den Bau sowjetischer Kernkraftwerke erörtert. Die sowjetischen Experten anerkannten, daß österreichische Unternehmungen - mit der VÖEST-Alpine an der Spitze - praktisch den gesamten Primärkreislauf von Reaktoren beherrschen, während sowjetische Firmen für den sekundären Sektor verantwortlich zeichnen. Bereits Ende März oder Anfang April dieses Jahres werden in Linz Spitzenexperten des sowjetischen „Atom-Mash", eine Art Atompool der sowjetischen Kernkraftwerksindustrie erwartet, um die Moskauer Absichterklärungen zu konkretisieren. An einer Zusammenarbeit im Kernkraft-Komponentenbau hatten sich nach Apfalter Ministerpräsident Kossygin und Außenhandelsminister Patolitschew besonders interessiert gezeigt. Die Sowjetunion sei gegenwärtig dabei, ihre Kernkraftskapazitäten auf 30.000 Megawatt zu erhöhen und bauen in diesem Zusammenhang eine Komponentenfabrik, wofür die VÖEST-Alpine ein Modell schaffen könnte." (apa-austria economist 9.2. 1978).

Angesichts der für den 10.Fünfjahresplan in der Sowjetunion geplanten Verfünffachung der Energieerzeugung aus Atomkraftwerken und dem geplanten forcierten Bau von AKW in den kleineren RGW-Ländern „lohnt" es sich für die österreichische Bourgeoisie offensichtlich, noch intensiver an der „internationalen Arbeitsteilung" teilzunehmen und sich in noch viel weitergehende Abhängigkeit von den Sozialimperialisten zu begeben, wie das ganz offenkundig bei dem Vertrag mit der „Techsnab/Moskau" über die Lieferung des zweiten Atomkraftwerkes und des benötigten Uranbrennstoffs aus der Sowjetunion geschah.

Welche Ursachen und welche Folgen hat die zunehmende Auslieferung der österreichischen Energieversorgung an die Sowjetunion?

Es ist nun nachgewiesen worden, daß die Sowjetunion bei den Lieferungen von Primärenergie nach Österreich auf allen Sektoren eine sehr bedeutsame, auf dem Gebiet der Kohlen- und Erdgaslieferungen eine dominierende Stellung einnimmt. Ferner daß die verstaatlichten Betriebe, die Stützpfeiler des österreichischen Monopolkapitals, unter der Federführung der sozialdemokratischen Regierung sich ganz besonders exponiert haben: So ist die „Chemie Linz AG der größte inländische Erdgasverbraucher" (austria economist, 26.4.1978), so wurden „langfristige Lieferverträge mit den interessierten verstaatlichten Betrieben, nämlich über Steinkohle, Eisenerz, Eisen, Erdöl, Naphtalin und Koks abgeschlossen" (Presseschau Ostwirtschaft Nr.1/1974, hrsg. vom Österreichischen Ost- und Südosteuropainstitut).

Die immer weiter gehendere Auslieferung der österreichischen Energieversorgung an die Sowjetunion auf Seiten der österreichischen Regierung entspricht ihrer Beschwichtigungspolitik auf wirtschaftlichem Gebiet (siehe dazu den Artikel „Die Beschwichtigungspolitik der österreichischen Bourgeoisie" im Zentralorgan des KB, „Klassenkampf", Nr. 20 vom 24.9.78).

Angesichts der Schwierigkeiten in der Energieversorgung, die sich ergeben infolge der anarchischen und von Krisen beleiteten Entwicklung der Produktivkräfte im Kapitalismus, aufgrund des Erwachens und des Kampfes der Dritten Welt gegen die Ausplünderung des Erdöls, aufgrund der verschärften Konkurrenz zwischen den Imperialisten, aufgrund des Widerstands gegen die reaktionäre Energiepolitik im Inneren des Landes, hat sich die österreichische Regierung der Sowjetunion bei Erdgas- und anderen Lieferverträgen förmlich an die Brust geworfen: Geködert von anfänglich relativ billigen Preisen, dem Versprechen langfristiger Energielieferungen verlocken den Kompensationsgeschäften. Zugunsten der Sicherung und Steigerung ihrer Profite hat die Kapitalistenklasse nicht gezögert, der Sowjetunion vielfältige Kanäle der Energiezufuhr nach Österreich zu öffnen und damit die Unabhängigkeit des Landes in bedrohlichem Ausmaß zu unterhöhlen, zu verkaufen.

Das Hauptziel der Sowjetunion ist aber stark werden für den Krieg. Die Beschwichtigungspolitik der österreichischen Regierung hat den neuen Zaren hiebei schon beträchtlich Tribut gezollt: „*Die Verschuldung der Oststaaten in Österreich wird vom Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung per Ende 1977 auf etwa 38 Mrd. Schilling geschätzt (nach 30 Mrd. ein Jahr vorher)*" (Presseschau Ostwirtschaft, Heft 4/1978).

Es ist eine falsche Hoffnung und eine gefährliche Illusion, wenn die österreichische Regierung glaubt, mit solchen Geschäften eine langdauernde friedliche Zusammenarbeit auf dem europäischen Kontinent garantieren zu können.

Nachdem wichtige Brennstofflieferverträge zwischen der UdSSR und Österreich unter Dach und Fach waren und sobald es die Weltmarktlage erlaubte, sowie im Sog des Kampfes der Dritten Welt hat die UdSSR die Preise vervielfacht: „*Die österreichischen Importe aus der UdSSR stiegen von 2,7 Mrd. öS 1973 auf 8,4 Mrd. öS 1977. Der größte Teil der Einfuhr aus der Sowjetunion entfällt auf Brennstoffe. Die Sowjetunion zieht Vorteile aus der Vervielfachung der Preise von Erdöl und Erdgas nach der Energiekrise, überdies ist auch ihr Anteil an der österreichischen Brennstoffversorgung stark gestiegen*" (austria economist, 21.4.78).

Die österreichische Regierung will offensichtlich den Weg weitergehen, den sie bisher beschritten hat. Je größer der sowjetische Einfluß in Österreich bzw. auf die österreichische Energieversorung, desto gebieterischer, aber auch desto schwieriger wird es für Österreich, sich aus der sozialimperialistischen Umklammerung zu befreien. Die österreichische Regierung will weiterhin den Vorreiter der Beschwichtigungspolitik auf wirtschaftlichem Gebiet spielen: Sei es durch die Zusammenarbeit auf dem AKW-Sektor, sei es durch die mögliche Einbeziehung Österreichs in einem gesamteuropäischen Stromverbund. „*Die großen sibirischen Elektrizitätswerke sollen heuer erstmals mit dem Westen der Sowjetunion und in der Folge auch mit verschiedenen Oststaaten verbunden werden. Österreich ist interessiert, an einem solchen Stromverbund teilzunehmen, ähnlich wie dies bei Erdgas und -öl bereits gelungen ist*" (austria economist, 25.7.78).

Wir haben bereits verschiedene Folgen angeführt, die die Einbeziehung Österreichs in eine „internationale Arbeitsteilung" der Marke Moskau nach sich zieht. Wirtschaftlicher Druck, politische Erpressung, Ausverkauf der Unabhängigkeit, Gefährdung der Souveränität - das alles wird die Auslieferung der Energieversorgung Österreichs an die Sowjetunion früher oder später nach sich ziehen bzw. bringt es schon heute mit sich.

So soll Österreich, nicht nur von der Geographie her betrachtet eines der nächstliegenden Aggressionsobjekte bei der Eroberung Westeuropas durch die sowjetischen Sozialimperialisten, sturmreif gemacht werden. Weil dies angesichts der Pläne der neuen Zaren und angesichts der hartnäckigen Beschwichtigungspolitik der österreichischen Regierung die hauptsächliche Bedrohung für unser Land und seine Unabhängigkeit auf dem Gebiet der Energieversorgung darstellt, muß die Arbeiterklasse auch ihr Hauptaugenmerk darauf legen. Die Parole „Schluß mit Auslieferung der österreichischen Energieversorgung an den sowjetischen Sozialimperialismus!" haben wir bereits ausgegeben. Viel gibt es dazu vor dem österreichischen Volk noch zu enthüllen. Schon bald aber kann es dringendes Tageserfordernis sein, daß sich die Volksmassen bei konkreten Projekten und Verträgen zwischen der österreichischen und sowjetischen Regierung querlegen. Je früher es dazu kommt, desto besser.

Referat von Genossen Walter Lindner, Sekretär des ZK des KB, auf einer Veranstaltung zum 40.Jahrestag des Münchner Abkommens am 30.September 1978

Auf Einladung der Zeitschrift „Theorie und Praxis des Marxismus-Leninismus", dem theoretischen Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD), fand am 30. September in München eine Veranstaltung zum 40. Jahrestag des Münchner Abkommens statt. Die Veranstaltung trug den Titel „Das Münchner Abkommen und die Aufgaben des Kampfes für Unabhängigkeit und Freiheit heute". Auf der Veranstaltung sprachen außer Gen. Christian Semler (Vorsitzender des ZK der KPD) auch Genossen aus verschiedenen Ländern, die an dem Münchner Abkommen beteiligt oder von ihm und der damaligen Beschwichtigungspolitik gegenüber dem Hitlerfaschismus betroffen gewesen waren. Es sprachen die Genossen Manuel Guedan (Mitglied des Politbüros des ZK der spanischen ORT), Claude Lebrun, Mitglied des Politbüros des ZK der französischen PCML), Walter Lindner (Sekretär des ZK des KB Österreichs) und Domenico Losurdo (Mitglied des Sekretariats des ZK der italienischen PCUd'I).

Im „Klassenkampf" 22 /78 ist ein Bericht über die Versammlung enthalten. Im folgenden drucken wir die Rede von Gen. Walter Lindner ab, die sich in der Hauptsache mit der Beschwichtigungspolitik der österreichischen Monopolbourgeoisie gegenüber dem russischen Sozialimperialismus befaßt und demgegenüber die Kampfaufgaben der Kommunisten und der Volksmassen in unserem Land umreißt. Die Gesamtheit der Reden auf dieser Versammlung wird demnächst - wahrscheinlich als Sonderdruck der Zeitschrift „Theorie und Praxis des Marxismus-Leninismus" - erscheinen und auch über den Kommunistischen Bund Österreichs zu beziehen sein.



Am 30.9. fand in München eine von der Zeitschrift „Theorie und Praxis des Marxismus-Leninismus" organisierte Veranstaltung statt, auf der die Vertreter einer Reihe marxistisch-leninistischer Organisationen und Parteien zum Thema „Das Münchner Abkommen und die Lehren für heute" sprachen. Am Rednerpult Genosse Walter Lindner, Sekretär des ZK, der unsere Organisation dort vertrat.

Auf der Tribüne (von links): Christian Semler (Vorsitzender des ZK der KPD), Manuel Guedan (Mitglied des ZK und Verantwortlicher für internationale Beziehungen der spanischen ORT), Domenico Losurdo (Mitglied des Sekretariats des ZK der italienischen PCUd'I), Claude Lebrun (Mitglied des Politbüros des ZK der französischen PCML) sowie ganz rechts Jürgen Horlemann (Mitglied des ZK der KPD und Verantwortlicher für internationale Beziehungen).

Genossinnen und Genossen!

Ich möchte Euch zuerst im Namen des ZK des KB Österreichs begrüßen.

Als im September 1938 das Münchner Abkommen abgeschlossen wurde, war Österreich bereits ein halbes Jahr vom Hitlerfaschismus okkupiert und annektiert. Das österreichische Volk hatte bereits am eigenen Leib die Stiefel der Nazibesatzer spüren und erfahren müssen, was die Auslöschung des eigenen Landes und die nationale Versklavung bedeutet. Das österreichische Volk hatte bereits am eigenen Leib erfahren müssen, wohin Beschwichigungspolitik und Kapitulation vor dem Hitlerfaschismus führten.

Die Weichen für 1938 waren schon 1934 gestellt worden. Im Februar 1934 wurde der Aufstand der österreichischen Arbeiter gegen den Austrofaschismus mit militärischer Waffengewalt niedergeschlagen. Der Sieg des Faschismus war die wichtigste innere Voraussetzung, durch die Österreich sturmreif für die Naziokkupation wurde. 1938 schrieb dazu die KPÖ: „*Das österreichische Volk hat seine Unabhängigkeit verloren, weil es einer reaktionären Clique gelang, im Februar 1934 die Freiheit des Volkes zu zerstören. Die Unabhängigkeit Österreichs ging deshalb verloren, weil seine reaktionäre Bourgeoisie sich mit dem Faschismus verbündete, in dem verbrecherischen Glauben, man könne die Unabhängigkeit gegenüber Hitler im Bündnis mit Mussolini verteidigen. So wurde Österreich zum Kleingeld in den Händen der faschistischen Räuber.*

Wer vom Faschismus ißt, wer mit ihm paktiert, muß am Faschismus zugrundegehen. Das ist die Lehre, die alle Völker aus dem Ereignissen in Österreich ziehen müssen. Wer versucht, unter dem Vorwand der Verteidigung des Landes die demokratischen Freiheitsrechte des Volkes anzutasten, wird zum Verbündeten des Faschismus. Das ist die zweite Lehre. Der Hitlerfaschismus konnte über Österreich seine Fremdherrschaft aufrichten, weil dem österreichischen Volk von seiner eigenen Bourgeoisie die Hände gebunden worden sind. Mag auch Schuschnigg in den letzten Tagen seiner Regierung selbst anerkannt haben, wohin sein Weg geführt hat...:Dies kann ihn und seine Klasse nicht von der Schuld freisprechen, daß seine Politik die Vernichtung der Unabhängigkeit Österreichs herbeigeführt hat."

Vom Februar 1934 bis zur Annektion dauerte es noch fast vier Jahre. Das waren vier Jahre, in denen der Hitlerfaschismus erstark-

te und sich die Beschwichtigungspolitik der Westmächte entfaltete. Die Politik der österreichischen Regieung bestand bis etwa 1936 in einer Schaukelpolitik zwischen Hitler und Mussolini. Nach dem Beginn des Abessinienfeldzuges und der Besetzung des Rheinlandes änderte sich die Lage. Mussolini, der im Juli 1934 noch drohend vier Divisionen am Brenner gegen einen Naziputsch in Wien aufmarschieren hatte lassen, ließ 1936 Österreich fallen und drängte es auf den Ausgleich mit Hitlerdeutschland. Es begann ab Mitte 1936 seitens der österreichischen Regierung eine Politik der immer weitergehenden Unterwerfung Österreichs unter den Hitlerfaschismus. Die Linie Schuschniggs bestand darin, Hitler keine Angriffspunkte zu bieten und sich auf irgendeine Weise zumindest die Toleranz Hitlers zu sichern. Dazu gehörte die Gleichschaltung der Außenpolitik ebenso wie die Duldung und Förderung der österreichischen Nazi, Hitlers fünfter Kolonne.

Die KPÖ betrachtete ab etwa Mitte 1936 den Hitlerfaschismus als Hauptfeind des österreichischen Volkes und kämpfte für eine breite Einheitsfront gegen die drohende Okkupation und Annexion. Sie vertrat zugleich die Auffassung, daß für die Mobilisierung der Massen zum Kampf für den Frieden und die Unabhängigkeit eine allseitige Verstärkung des Klassenkampfes gegen die eigene faschistische Regierung, die den Ausgleich mit dem Hitlerfaschismus anstrebte, erforderlich sei.

Die weitere Entwicklung hat der KPÖ vollkommen recht gegeben und das Urteil über die Politik der Schuschnigg-Diktatur gesprochen.

Schuschnigg trat 1936 in Verhandlungen mit Hitlers Sonderbotschafter Papen und am 11.Juli 36 wurde der Pakt zwischen Hitlerdeutschland und Österreich bekannt.

Darin wurde nochmals scheinheilig die Anerkennung der Unabhängigkeit und Souveränität Österreichs und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten betont. Doch entscheidend waren die Verpflichtungen der österreichischen Regierung, „*ihre Politik im allgemeinen, wie insbesondere gegenüber dem Deutschen Reich, stets auf jener grundsätzlichen Linie (zu) halten, die der Tatsache, daß Österreich sich als deutscher Staat bekennt, entspricht*" (siehe West S.177), - und durch eine „Reihe von Einzelmaßnahmen" die „notwendigen Voraussetzungen für die Entspannung" der Beziehungen zu schaffen. Diese Verpflichtungen wurden in Geheimklauseln ausgeführt und beinhalteten neben der Gleichschaltung der Außenpolitik vor allem die Amnestierung der österreichischen Nazi und ihre Aufnahme in verantwortliche politische Stellen. Damit zäumte Hitler sein trojanisches Pferd in Österreich auf.

Dieses Abkommen Schuschniggs war der Anfang seiner vollständigen Kapitulation vor Hitlerdeutschland, die er dann mit der Annahme des Ultimatums von Berchtesgaden im Februar 1938 und seiner Abdankung im März besiegelte.

Für Hitler war damals der Anschluß Österreichs schon eine beschlossene Sache - und durch die weitere Politik Englands und Frankreichs wurde er in diesen Plänen noch bestärkt.

Im Mai 1937 kam in England Chamberlain, der Hauptvertreter der Appeasement-Politik an die Macht, und im November schickte er seinen neuen Außenminister Halifax zu einer Fühlungnahme mit Hitler. In diesem Gespräch, dessen Aufzeichnung den sowjetischen Truppen 1945 in die Hände fiel, kommt die ganze reaktionäre Beschwichtigungspolitik und deren geschickte Ausnutzung konzentriert zum Ausdruck. Halifax bot eine umfassende Verständigung zwischen England - Frankreich und Deutschland - Italien an, wobei er meinte, „*daß eine Einigung weitgehender Art nur erzielt werden könne, wenn man allerseits auf demselben Boden stünde... Er sei auch seinerseits überzeugt, daß etwas Dauerhaftes nur auf einer realen Grundlage erreicht werden könne, selbst wenn die Realitäten, um die es sich handle, für diesen oder jenen Partner unangenehm wären.*"

„*Er frage ... den Führer nach seiner Einstellung zum Völkerbund und zur Abrüstung. Alle anderen Fragen könne man dahingehend charakterisieren, daß sie Änderungen der europäischen Ordnung beträfen, die wahrscheinlich früher oder später eintreten würden. Zu diesen Fragen gehöre Danzig und Österreich und die Tschechoslowakei. England sei nur daran interessiert, daß diese Änderungen im Wege friedlicher Evolution zustande gebracht würden und daß Methoden vermieden würden, die weitergehende Störungen, wie sie weder der Führer, noch andere Länder wünschten, verursachen könnten.*" (ebenda, S. 34f)

Hitler, der die Pläne Englands, mit Deutschland auf Kosten anderer zu einer Verständigung zu kommen, um es gegen die Sowjetunion zu lenken, klar durchschaute, warf seinen Köder aus, den die Chamberlain und Co. auch voll schluckten. „*Es heiße immer, wenn dieses oder jenes nicht geschehe, so gehe Europa einer Katastrophe entgegen. Die einzige Katastrophe sei der Bolschewismus. Alles andere ließe sich regeln.*" Hitler hatte durch diese Politik für Österreich und die Tschechoslowakei grünes Licht, und ging unmittelbar an die Verwirklichung seiner Anschlußpläne.

Am 12.Februar 1938 ließ Hitler Schuschnigg nach Berchtesgaden kommen und forderte ihn ultimativ auf, das Verbot der NSDAP aufzuheben und die Nazis Seyß-Inquart zum Innenminister und Glaise-Horstenau zum Kriegsminister zu bestellen. Andernfalls würde die deutsche Wehrmacht sofort einmarschieren.

Schuschnigg kapitulierte in Berchtesgaden vollständig. Hitler hingegen dachte natürlich gar nicht daran, sich mit den genannten Forderungen zufriedenzugeben, für ihn waren sie nur das Mittel, um Österreich sturmreif zu machen. Das gelang ihm innerhalb der nächsten vier Wochen. Doch in diesen vier Wochen entwickelte sich noch eine ungeheuer breite Bewegung der Arbeiter- und Volksmassen für die Unabhängigkeit und gegen den Anschluß.

Ende Februar 1938 unterzeichneten innerhalb 48 Stunden eine Million Arbeiter eine Entschließung ihrer Vertrauensmänner, in der sie ihre Bereitschaft erklärten, „*jederzeit den Kampf für die Erhaltung eines freien und unabhängigen Österreich, in dem sie selber frei und unabhängig sind, zu führen und sich mit allen jenen zusammenzufinden, die gleich ihnen diesen Kampf ehrlich führen wollen...*"

Es kam zu immer größeren Anti-Nazi-Demonstrationen. Daraufhin setzte Schuschnigg am 9.März für den 13.März überraschend eine Volksabstimmung über die Unabhängigkeit Österreichs an. Es war klar, daß diese Abstimmung für die Unabhängigkeit Österreich ausgefallen wäre.

Doch nachdem Hitler Schuschnigg ein Ultimatum gestellt hatte, die Abstimmung sofort abzusetzen und Seyß-Inquart zum Kanzler zu machen, gab dieser nach. Nachdem Seyß-Inquart zum Regierungschef ernannt worden war, marschierten am 11.März deutsche Truppen, gefolgt von Polizei und Gestapo, ein. Schuschniggs letzte Handlung war, Polizei, Heer und die Volksmassen aufzurufen, keinen Widerstand zu leisten.

Aber man kann die Verantwortung für diese Entwicklung nicht allein Schuschnigg anlasten. Es war vor allem England, aber



In den Märztagen 1938 demonstrierten die Wiener Arbeiter entschlossen gegen die geplante Besetzung durch Hitlerdeutschland. Die bürgerliche Heimwehrregierung unter Schuschnigg aber überläßt letztlich doch kampflos Österreich den Aggressoren.

auch Frankreich, das der Hitlerischen Aggressionspolitik direkt Vorschub geleistet hatte.

Eine Woche vor Hitlers Einmarsch hatte der englische Botschafter *Henderson* Hitler nochmals erklärt, daß eine *„Beruhigung der Lage"* durch Begrenzung der Rüstungen und durch *„Befriedung in der Tschechoslowakei und Österreich"* erreicht werden könnte. Er wies auch darauf hin, *„wie oft er, Sir Neville Henderson, selbst für den Anschluß eingetreten sei."*

Chamberlain hielt am 4.März im Unterhaus eine Rede, in der er betonte: *„Was (in Berchtesgaden) geschehen sei, sei weiter nichts, als daß sich zwei Staatsmänner über gewisse Maßnahmen für die Verbesserung der Beziehungen zwischen ihren beiden Ländern geeinigt hätten. . . "*

Ribbentrop, der sich zu dieser Zeit in London aufhielt, konnte am 10. an Hitler telegraphieren, England werde nichts unternehmen.

England und in seinem Gefolge auch Frankreich setzten trotz des Überfalls auf Österreich ihre reaktionären Beschwichtigungspläne fort. Der sowjetische Botschafter Maiski schrieb dazu in seinen Memoiren: *„Während Chamberlain es nicht verstand, eine Lehre aus Österreichs Untergang zu ziehen, erwies sich Hitler als weitaus gelehriger. Der „Sprung" nach Wien war für ihn eine wichtige Probe: Die Nazidiktatur wollte wissen, wie die ‚demokratischen' Mächte auf seine Aggression reagierten. Die Probe hatte bewiesen, daß England und Frankreich keinen Finger krumm machten. Kein Wunder also, daß Hitler daraus den Schluß zog: ‚Freie Fahrt!')* Zwei Monate später startete er das Unternehmen Tschechoslowakei.

Die KPÖ wies in einem Artikel ihres Vorsitzenden Koplenig auf die entscheidende Lehre aus der Unterjochung Österreichs hin: *„Mögen die Völker Europas aus dem traurigen Schicksal Österreichs die Lehren ziehen. Mögen sie erkennen, daß man den Frieden nicht erkämpfen kann, wenn man den Faschisten Kozessionen macht, sondern daß man den Frieden erkämpfen muß, und daß ein Frieden erst gesichert sein wird, wenn der Faschismus vernichtet ist..."*

Genossinnen und Genossen!

Die Politik der österreichischen Monopolbourgeoisie von 1934 und 1938 war eine finstere, eine zutiefst reaktionäre und konterrevolutionäre Politik: Um ihre Ausbeuterherrschaft und ihre Profite zu retten, hat sie 1934 den Kampf der Arbeiterklasse und des Volkes unterdrückt und im Blut erstickt. Und aus denselben Interessen heraus hat sie bis zum 11.März 1938 diese volksfeindliche Politik fortgesetzt und zugleich eine Ausgleich und ein Arrangement mit dem Hitlerfaschismus gesucht, ihm gegenüber Kapitulation und Liebedienerei betrieben. Sie hat Angst vor dem Hitlerfaschismus gehabt, aber noch mehr Angst hat sie vor dem eigenen Volk gehabt. Mit dem faschistischen deutschen Finanzkapital hat sie - auch wenn sie selber dann von ihm geknechtet und degradiert wurde - letztlich mehr verbunden als mit der eigenen Nation, die sie bedenkenlos verraten und verkauft hat.

Nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches 1945 hat die österreichische Monopolbourgeoisie vom ersten Tag an diese reaktionäre Politik fortgesetzt. Mit dem amerikanischen und britischen Imperialismus im Rücken verfolgte sie nur das eine Ziel: die Ausbeuterherrschaft in Österreich so rasch als möglich wieder aufzubauen, das Land vollständig in das imperialistische System zu integrieren und es zu einem Brückenkopf im Kampf gegen die Sowjetunion und die volksdemokratische Entwicklung in Osteuropa zu machen. Während das österreichische Volk mit Unterstützung der Sowjetunion für ein einheitliches, unabhängiges und neutrales Österreich kämpfte, haben der US-Imperialismus und die österreichische Monopolbourgeoisie das erbittert hintertrieben und den Abschluß des Staatsvertrages bis 1955 verschleppt. Die österreichische Monopolbourgeoisie hätte nicht nur das Fortdauern der Besatzung, sondern sogar die Teilung Österreichs in kauf genommen und sie hat das auch provoziert. Dennoch ist es 1955 zum Abschluß des Staatsvertrages gekommen. Er hat der österreichischen Monopolbourgeoisie gewisse Riegel vorgeschoben, z.B. den Beitritt zur NATO verhindert, aber nichts daran geändert, daß die Monopolbourgeoisie ihr Schicksal in die Hände des US-Imperialismus gelegt hat, ihn zu ihrem „Schirmherrn" und sich selbst zu seinem Vasallen gemacht hat.

Seither hat sich auf der Welt viel geändert. Mit dem US-Imperialismus ist es bergab gegangen und er ist in der Defensive gegenüber dem Sozialimperialismus, der eine immer wildere Hegemonie- und Expansionspolitik gegen Westeuropa betreibt und den Aggressionskrieg in Europa vorbereitet. In dieser Situation stellt sich für jede westeuropäische Bourgeoisie neuerlich die Frage nach der Zukunft und der Sicherung ihrer Ausbeuterherrschaft.

Vor die Entscheidung zwischen den verschiedenen möglichen Wegen gestellt, neigen die westeuropäischen Bourgeoisien stark zur Beschwichtigungspolitik, und dies umso mehr, als auch der US-Imperialismus Beschwichtigungspolitik gegenüber dem Sozialimperialismus betreibt.

Es ist dabei nicht Angst und Feigheit, Naivität und Unbelehrbarkeit, was sie zur Beschwichtigungspolitik treibt, es sind vor allem falsche Kalküle auf dem Boden ihrer reaktionären Klasseninteressen.

Die Beschwichtigungspolitik ist heute in ganz Westeuropa die vorherrschende Strömung. Aber in Österreich ist sie besonders extrem ausgeprägt. Vieles ist Euch in diesem Zusammenhang sicher bekannt. Österreich ist einer der eifrigsten Befürworter und Propagandisten des Entspannungsbetrugs. Es hat sich z.B. bei der Belgrader Konferenz in so einem Sinn als Wortführer der Neutralen hervorgetan. Die Hegemonial- und Kriegspolitik der sowjetischen Supermacht wird von der österreichischen Regierung verharmlost, vertuscht, zum Teil direkt gedeckt, ja sogar unterstützt. Das mußten wir bezüglich Zaire ebenso erleben wie bezüglich des Horns von Afrika oder bei Kampuchea. Die ideologische und kulturelle Zusammenarbeit mit dem Sozialimperialismus und damit dessen Infiltration in Österreich ist beträchtlich. Das aber ist in anderen Ländern nicht viel anders.



Im Bild eine gemischte Panzerkompanie der 3. Panzergrenadierbrigade im Waldviertel im August 1968. Diese Panzergrenadierbrigade wurde während des sowjetischen Einmasches zwar alarmiert, aber ihrem 9.Panzergrenadierbataillon wurde die Räumung der grenznahen Kaserne Weitra befohlen. Dieser Einheit wurde das Überschreiten einer Sperrlinie entlang der Straße - Horn, Göpfritz, Schwarzenau und Zwettl verboten. Die Beobachtung der tschechisch-österreichischen Grenze war daher nicht möglich. Über die Räumung der Garnison Weitra schreibt der Oberst Josef Marolz in einem rückblickenden Artikel über den damaligen Einsatz der 3.Panzergrenadierbrigade: „Abgesehen von der Räumung dieser Garnison, die sowohl von den Soldaten als auch von der Zivilbevölkerung mit Befremden - wenn nicht mit Verbitterung zur Kenntnis genommen wurde, hatte dieser Einsatz ..." (Truppendienst 4/1978 p.325). Dieser kleine Vorfall zeigt, daß schon damals 1968 an eine ernste Verteidigung der österreichischen Grenze n gegenüber sozialimperialistischen Überfällen nicht gedacht war.

Ich möchte hier die deutlichsten Elemente und Ausdrucksformen der österreichischen Beschwichtigungspolitik hervorheben: Da ist zuerst die relativ enge ökonomische Verbindung mit dem Sozialimperialismus. Die Sowjetunion und Osteuropa nehmen einen ständig steigenden Anteil am österreichischen Außenhandel ein. Darunter sind viele Waren, die direkt für militärische Zwecke berechnet sind wie Schwerst-LKW, bestimmte Motoren, Panzertransportwaggons usw. zum Warenexport kommt der Kapitalexport. Die Verschuldung der RGW-Länder an Österreich betrug bereits 1977 fast 6 Mrd. DM. Österreich ist z.B. nach den USA und Westdeutschland der drittgrößte westliche Gläubiger gegenüber Polen. Besonders bedenklich ist, daß Österreich seine Energieversorgung zu einem gewissen Teil in die Hände der Sowjetunion gelegt hat. Diese Energieabhängigkeit reicht vom Stromverbund und von Kohleimporten über Erdöl und Erdgas bis zu den Uranlieferungen und der sogenannten Zusammenarbeit auf dem Gebiet der AKW-Technologie. Auf der Jagd nach Profiten liefert die österreichische Bourgeoisie den Sozialimperialisten kriegswichtige und andere ökonomisch bedeutende Waren, kreditiert sie den Aufbau der sowjetischen Kriegswirtschaft und verschafft sie zugleich der Sowjetunion ökonomische Positionen in Österreich und Erpressungs-und Erdrosselungsmittel gegen die österreichische Wirtschaft.

Noch viel drastischer aber zeigt sich die Beschwichtigungspolitik in der österreichischen Militärpolitik. Das grundlegende Militärkonzept der österreichischen Monopolbourgeoisie, das unter dem Namen Spanocchi-Doktrin bekannt ist und als Konzept der Raumverteidigung bezeichnet wird, ist an und für sich schon ein reaktionäres Konzept. Ein Grundgedanke besteht darin , daß Österreich letztlich nicht verteidigt werden kann. Es geht übrigens auch gar nicht aus von dem Zweck, Österreich zu verteidigen, sondern vielmehr von dem Zweck, die NATO-Interessen und den US-Imperialismus zu verteidigen. Das Militärkonzept sieht im Fall einer sozialimperialistischen Aggression folgendes vor: Ostösterreich einschließlich der beiden größten Städte, Wien und Graz, wird kampflos aufgegeben. Die großen Bunkerlinien verlaufen 100 km westlich von Wien. Die Regierung zieht sich in Bunkerstellungen in den Alpen zurück. Die Kerntruppen der österreichischen Armee, die Berufsarmee, darunter die Panzertruppen, werden in drei Schlüsselzonen konzentriert: Sie sichern das Donautal und damit den einzigen Weg für große sowjetische Panzerbewegungen aus der Südtschechoslowakei und Ungarn nach Süddeutschland. Sie sichern zweitens den Weg nach Norditalien. Sie sichern drittens die Verbindung von Norditalien und Süddeutschland für die NATO. Außerhalb dieser Schlüsselzonen operiert die sogenannte Landwehr. Um nicht vollständig dem Vorwurf der Kapitulation im Osten ausgesetzt zu sein, kokettiert das österreichische Militärkonzept hier bei der Landwehr äußerlich mit Formen des Partisanenkriegs im besetzten Ostteil des Landes. Aber es ist kein Geheimnis, daß ein Volkskrieg ohne Volk, ein „Volkskrieg" der bürgerlichen Armee, ein Unsinn ist und vor kurzem hat Spanocchi diese seine Idee als bloßen "Denkanstoß" als „Provokation eines Theoretikers" abgetan, über die er heute, seit er Armeekommandant und Praktiker ist, länst hinaus sei. Was bleibt ist, daß das halbe Land mit den größten Industrien von vornherein aufgegeben werden soll, der „Schutz der Grenzen" als Zweck der Armee 1975 aus der Verfassung gestrichen wurde, von Anfang an die militärische Kapitulation vor dem Sozialimperialismus ins Auge gefaßt wird.



Am 6.2.1978 trifft Bundeskanzler Kreisky in Moskau ein und wird dort vom sowjetischen Ministerpräsidenten Kossygin in Empfang genommen. Als besondere Ehre rechnet sich Kreisky an, daß er vom sowjetischen Parteichef Breschnew in Moskau empfangen wurde.

Dieses Militärkonzept ist also an und für sich bereits ein reaktionäres und nationalverräterisches Konzept. Neben den bzw. im Rahmen von NATO-Interessen ist sein Zweck die formelle Aufrechterhaltung der Regierungssouveränität im sogenannten Zentralraum in den Alpen als Ausgangspunkt und Faustpfand für einen Kuhhandel mit der Besatzerarmee. Irgendein Schutz des Volkes ist nicht vorgesehen. Trotzdem hat dieses Militärkonzept einen bedeutenden Ausbau der Armee vorgesehen, den man für die letzten Jahre erwarten konnte. Was ist aber tatsächlich passiert? Tatsächlich hat dieser Ausbau der Armee nicht oder kaum stattgefunden. Die Berufsarmee sollte laut Beschluß 1971 zwei Divisionen mit je 15.000 Mann umfassen und heute im großen und ganzen aufgestellt sein. Tatsächlich wurde der Beschluß zur Aufstellung der 2. Panzergrenadierdivision soeben rückgängig gemacht und die 1.Panzergrenadierdivision umfaßt nicht einmal die Hälfte. Der geplante weitere Ausbau der Panzertruppen wurde bis 1985 vertagt, nachdem es sogar zu heftigen Debatten gekommen war, ob man überhaupt stärkere Kampfpanzertruppen braucht. Oder sich nicht lieber mehr Jagdpanzer anschaffen sollte, d.h. relativ kleine und leichte Fahrzeuge mit sehr dünner Panzerung, die zwar ausgezeichnet gegen einen Volksaufstand, aber nur schlecht sowjetischen Panzerverbänden und schwerer Artillerie entgegengestellt werden können.

Die Anschaffung von Abfangjägern in Zusammenhang mit dem Ausbau des vor allem auf NATO-Zwecke abgestimmten Luftraumüberwachungssystems wurde auf Jahre vertagt. Luftabwehr- und andere Raketen waren jahrelang gefordert worden, und immer hatte die Sowjetunion erklärt, daß das mit dem Staatsvertrag unvereinbar sei. Einige Zeit hat man verglichen mit der Sowjetunion eine unterschiedliche Interpretation des Staatsvertrages vertreten und immer wieder in Mokau um die Erlaubnis zur Raketenbewaffnung angefragt. Inzwischen hat man sich der sowjetischen Auffassung angeschlossen. Vor einigen Tagen hat der österreichische Bundespräsident erklärt, Raketen seien Österreich durch den Staatsvertrag verboten. Kossygin hatte vor einiger Zeit die Auffassung vertreten, Österreich brauche keine Raketen, da seine Neutralität ohnehin durch die Sowjetunion geschützt würde. Eine Reihe großer Manöver wurde abgesagt. Von einer Reihe bedeutender geplanter Schritte zur weiteren Militarisierung der Armee, vor allem in der Ausbildung, ist nichts realisiert worden und ebensowenig von der geplanten Reform des Mobilisierungssystems. Im österreichischen Militärkonzept ist die Berufsarmee wie erwähnt verbunden mit der auf Mobilmachung beruhenden sogenannten Landwehr, die ursprünglich 1984 300.000 Mann erfassen sollte. Inzwischen wurde dieses Ziel auf 186.000 reduziert und der Zeitraum bis 1986 verlängert. Hieß es bisher, daß nur eine 300.000 Mann-Landwehr das Militärkonzept realistisch macht, ist inzwischen von diesem 300.000 Mann-Ziel völlig abgerückt worden.

Alles in allem muß man feststellen, daß die Beschwichtigungspolitik so wie auf ideologischem, politischem, wirtschaftlichem, diplomatischem, kulturellem Gebiet auch auf dem militärischen Gebiet drastisch wirksam ist. Unsere Haltung zur bürgerlichen Armee besteht nicht darin, daß wir ihre Aufrüstung fordern. Wir nehmen die Armee als das, was sie ist, d.h. in erster Linie als Gewaltinstrument unseres inneren Hauptfeindes, der österreichischen Monopolbourgeoisie, gegen das Volk. Wir bekämpfen diese Armee daher. Wir bekämpfen sie, nicht weil wir gegen die Stärkung der nationalen Unabhängigkeit und die Landesverteidigung des bürgerlichen Österreich gegenüber dem Sozialimperialismus sind, sondern weil wir dagegen sind, das die Bourgeoisie über ein starkes Bürgerkriegsinstrument gegen das Volk verfügt. Was die Landesverteidigung betrifft, sind wir nicht dagegen, sonder dafür. Maßnahmen der Armee und des Staates, die dem Schutz der Bevölkerung für den Kriegsfall,

der Sicherung der Grenzen oder sonstwie der Stärkung der nationalen Unabhängigkeit und der Landesverteidigung dienen, ohne sich zugleich gegen das Volk und den Klassenkampf zu richten, unterstützen wir. Ja, wir fordern sogar solche Maßnahmen gegenüber der landesverräterischen Politik der Monopolbourgeoisie. Wir sind wie gesagt keine Freunde der bürgerlichen Armee. Aber schon überhaupt nicht sind wir Freunde einer Politik und Entwicklung, die die Armee als Bürgerkriegsinstrument ausbaut, alles, was wirklich der Landesverteidigung dient, demgegenüber unterläßt oder schwächt und durch ihren nationalverräterischen Charakter den Sozialimperialismus zu Aggression einlädt. Wir müssen feststellen, daß die Militärpolitik der herrschenden Klasse heute einen solchen Charakter hat. Wir müssen feststellen, daß heute als praktisches Resultat die Bürgerkriegsvorbereitungen als der eigentliche Kern der Armeepolitik bleibt.

Natürlich kann man das nicht allein der österreichischen Monopolbourgeoisie anlasten. Ihr Militärkonzept geht ja davon aus, daß im Fall einer sozialimperialistischen Aggression rasch NATO-Verbände in Österreich einmarschieren und der österreichischen Monpolbourgeoisie zu Hilfe kommen. Die Tatsachen sehen hingegen so aus, daß das in Süddeutschland stationierte Zweite Heimatschutzbataillon aus überwiegend territorialen Streitkräften besteht, sodaß die „Hilfe“ für Österreich entweder überhaupt weitgehend ausbleiben oder im Abwerfen von Atombomben bestehen dürfte. So sieht es jedenfalls gegenwärtig aus.

Die österreichische Monpolbourgeoisie denkt daher in ihrer Weise über die sozialimperialistische Aggression hinaus. In der bürgerlichen Öffentlichkeit werden bedenkenlos Überlegungen in der Richtung angestellt, ob man im Aggressionsfall nicht neben der formellen Aufrechterhaltung der Regierungssouveränität in der besetzten östlichen Hälfte von Österreich eine Art Kompradorenregime einrichten und sich so mit der sozialimperialistischen Besatzungsmacht arrangieren sollte. Offen wird von der Bourgeoisie die Teilung des Landes diskutiert, wobei der Osten sich unter die Fittiche der einen und der Westen unter die der anderen Supermacht begeben soll.

Die österreichische Interpretation des Staatsvertrags, der rechtlichen Grundlage des österreichischen Staates, nähert sich immer mehr der sozialimperialistischen Interpretation an. Der österreichische Staat sei auf die Entspannungspolitik verpflichtet, dessen Resultat er angeblich sei. Er sei auf eine Neutralität verpflichtet, die sich nicht in erster Linie auf die Landesverteidigung stützen soll, sondern auf eine Art diplomatischer Absicherung. Die österreichischen Revisionisten werden nicht müde, mit diesem Argument das österreichische Bundesheer überhaupt für überflüssig zu erklären. Von der Raketenbewaffnung habe ich schon gesprochen. Gefährlich ist diese Entwicklung vor allem deshalb, weil so ideologisch der Boden bereitet wird dafür, daß der Sozialimperialismus unter Berufung auf den Staatsvertrag,



Im Bild der Erzhafen der VÖEST in Linz; die VÖEST wird zu 90 % mit Kohle aus den Ländern des RGW versorgt, ein großer Teil ihrer Rohstofflieferungen kommt auf der Donau, deren Schiffahrt zu einem großen Teil von der sowjetischen Handelsflotte kontrolliert wird.

dessen Signatarmacht die SU ist, in Österreich eingreift.

Der Sozialimperialismus verfügt weiters in Gestalt der revisionistischen KPÖ über eine direkte fünfte Kolonne. Die KPÖ ist eine Partei unter absoluter Kontrolle von bedingungslosen Knechten der Breschnewclique. Von irgendwelchen Selbständigkeitsbestrebungen ist seit 1970 keine Rede mehr. Deshalb ist diese Partei verhaßt und isoliert in Österreich. Sie wird von Jahr zu Jahr kleiner. Aber auf dem Boden der Beschwichtigungspolitik kann sie trotzdem einen bedeutenden Einfluß entfalten. Man muß sehen, daß es führende sozialdemokratische Jugendfunktionäre gibt, die auch KPÖ-Mitglieder sein könnten und es vielleicht sogar sind. Die österreichische Monopolbourgeoisie ist keine prosowjetische Kraft, aber direkt prosowjetische Tendenzen erwachsen immer wieder aus dem Sumpf der Beschwichtigungspolitik.

Genossinnen und Genossen!

Die österreichische Monopolbourgeoisie hat den Weg der Beschwichtigungspolitik eingeschlagen, weil diese sich von ihren reaktionären Klasseninteressen her aufdrängt. Man kann hundert Mal an sie appellieren, die Lehren des Jahres 1938 zu ziehen. Die Monopolbourgeoisie betrachtet das Jahr 1938 ebenso wie die heutige Situation unter ihrem eigenen Gesichtspunkt, und dieser Gesichtspunkt ist unserem, dem des Volkes, diametral entgegengesetzt.

Es stehen handfeste Interessen hinter der Beschwichtigungspolitik. Die österreichische Monopolbourgeoisie ist zunächst an der möglichst weitgehenden Sicherung und Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft interessiert. Der „Schutzschirm“ des US-Imperialismus ist löchrig geworden — also sieht sie sich um, wie sie heute mit dem Sozialimperialismus zurechtkommt und der Konfrontation mit ihm aus dem Weg gehen kann. Der Gedanke, daß man die nationale Unabhängigkeit durch Kampf und durch den Zusammenschluß des Volkes verteidigen kann, ist natürlich kein Gedanke, auf den diese reaktionäre Klasse kommt. Er erscheint ihr nur abwegig, aussichtslos und verdächtig. Und es stimmt ja auch, daß ihr Mißtrauen seine Berechtigung hat, denn die Klasseninteressen der Monopolbourgeoisie, ihr Allerheiligstes, ihre Ausbeutung, ihre Herrschaft, sind natürlich nicht ausgerechnet in den Händen der Volksmassen am besten aufgehoben. Und da sie nun also ohnehin gezwungen ist, mit dem Sozialimperialismus ein Auskommen zu finden, liegt natürlich nichts näher, als überhaupt darauf zu spekulieren, mit ihm dort und da gemeinsame Sache zu machen, sich dort und da an ihn anzulehnen bei der Verfolgung der eigenen imperialistischen Interessen. Dort ist die österreichische Monopolbourgeoisie inzwischen gelandet — daß immer wieder direkt auf den Sozialimperialismus gesetzt und an ihn appelliert wird. So war es z.B. — um nur ein — aber besonders deutliches Beispiel zu nennen — bei der Erhebung der polnischen Arbeiter im Winter 1971/72, wo sie rasch für die Niederschlagung der Erhebung zwecks Sicherung ihrer Kapitalinteressen und Profite eingetreten ist. So ist es gegenüber dem Kampf der Dritten Welt. So erklärte Kreisky z.B. gegen die Bestrebungen der OPEC: „Vor der Alternative, daß man sich entweder auf Herrn Kossygin oder auf Herrn Gaddafi verlassen muß, bin ich eher für Kossygin.“ Und das letzte aktuelle Beispiel: Am 20. und 21. September war Schiwkoff auf Staatsbesuch in Österreich und dieser Besuch wurde zu einer offiziellen Provokation gegen die slowenische Minderheit in Österreich und gegen Jugoslawien genutzt.

Gerade weil sie klein ist, möchte die österreichische Monopolbourgeoisie ihr internationales Gewicht erhöhen. Das versucht sie durch intensive politische und diplomatische Aktivität, von Kreiskys Nahostmissionen bis zu seinen jüngsten Besuchen in Moskau und Ostberlin. Auch hier kann sie nur erfolgreich sein unter den Bedingungen der sogenannten Entspannungspolitik, durch Ausnutzen der Widersprüche zwischen den beiden Supermächten, durch die volle Ausbeutung der Neutralität in einer Art und Weise, daß nur mehr ein kleiner Schritt von dort bis zu ihrer Versteigerung an den Meistbietenden ist. Überhaupt ist der ökonomische Profit ein entscheidender Maßstab und die Profitgier eine entscheidende Triebkraft der Beschwichtigungspolitik der österreichischen Monopolbourgeoisie. Wenn der Rubel rollt, kann man über vieles mit ihr reden. Und es rollt nicht nur der Rubel aus der Sowjetunion und Osteuropa. Von der Zusammenarbeit mit den neuen Zaren erwartet sich die österreichische Monopolbourgeoisie auch Riesenprofite aus verschiedenen Ländern der Dritten Welt. Es gibt bereits eine Reihe von österreichisch-sowjetischen, österreichisch-ostdeutschen usw. gemeinsamen Firmen, die

in der Dritten Welt tätig sind. Eine solche imperialistische ökonomische Zusammenarbeit, die ökonomischen Positionen des Sozialimperialismus in Österreich, die Beschwichtigungspolitik auf ökonomischem Gebiet — jedes fördert und begünstigt das andere.

Man braucht sich nicht wundern über diese Politik der österreichischen Monopolbourgeoisie, die heute fast gänzlich unumstritten ist in den Reihen der herrschenden Klasse: Das Land ist sehr klein und auf Grund seiner geographischen Lage äußerst exponiert. Die Positionen des Sozialimperialismus sind nicht gering. Dazu kommt die besondere internationale Stellung Österreichs, aus der die herrschende Klasse Kapital schlagen möchte; die traditionelle Interessensorientierung auf den Balkan; die nahezu unumschränkte Herrschaft der Sozialdemokratie im Staatsapparat und in den wichtigsten Wirtschaftssektoren. Schließlich muß die herrschende Klasse auch die Beschwichtigungspolitik der anderen westlichen Imperialisten in Betracht ziehen. Kurz und gut: Es gibt keinerlei Grund für die Annahme, daß sich die Beschwichtigungspolitik in Österreich von selbst und ohne Kampf abschwächen wird. Im Gegenteil wird sie stärker werden, wenn es nicht der Arbeiterklasse und dem Volk gelingt, das zu verhindern. Die Bedingungen für den Kampf gegen die Beschwichtigungspolitik, die die schlechteste und verhängnisvollste aller möglichen Spielarten imperialistischer Politik ist, sind nicht schlecht angesichts des Vormarsches der Dritten Welt, angesichts der internationalen Politik der Volksrepublik China, besonders ihrer Europapolitik, angesichts der antihegemonistischen Politik besonders auch von Rumänien und Jugoslawien. Die europäischen Völker sehen die Kriegsgefahr und die wahre Fratze der Breschnewclique allmählich deutlicher. Das alles sind günstige Faktoren.

Genossinnen und Genossen!

Die strategische Orientierung des KB Österreichs geht von der Gesamtheit der politischen Situation in unserem Land sowie im internationalen Maßstab aus. Die österreichische Monopolbourgeoisie, die die ökonomische und politische Macht in Händen hat, ist unser Hauptfeind. Unser strategisches Ziel ist die sozialistische Revolution, d.h. der Sturz der österreichischen Monopolbourgeoisie und die Errichtung der Diktatur des Proletariats in Österreich. In diesem Kampf haben wir es nicht nur mit der österreichischen Monopolbourgeoisie zu tun, sondern auch mit den beiden Supermächten. Der US-Imperialismus hat nach wie vor starke Positionen in Österreich, aber er ist in der Defensive . Heute streckt vor allem der Sozialimperialismus seine Hände nach Österreich aus. Der Kampf gegen die eigenen Monopolbourgeoisie muß aufs engste mit dem Kampf gegen die beiden Supermächte verbunden werden. Die Fragen der Außen- und Militärpolitik nehmen dabei einen entscheidenden Platz im Klassenkampf ein.

Was der Monopolbourgeoisie ihre Klasseninteressen diktieren, ist die eine Sache. Eine andere Sache ist, was ihr das Volk diktiert. Unsere Orientierung ist, daß die österreichische Bourgeoisie möglichst hineingezwungen wird in eine breite internationale antihegemonistische Front. Daß diese Front weltweit von Tag zu Tag erstarkt, begünstigt und erleichtert unseren Kampf. Wir nutzen auch diesen Kampf für die Vorbereitung der Revolution und des Sturzes der Bourgeoisie, aber auch solange sie noch an der Macht ist, werden wir nicht darauf verzichten, unsere Forderungen gegen ihre reaktionäre und imperialistische Politik und auf dem Gebiet der internationalen Beziehungen insbesondere gegen ihre Beschwichtigungspolitik geltend zu machen.

Solche Forderungen beziehen sich z.B. auf die Zusammenarbeit mit der Dritten Welt



Am heurigen 21. August fanden in Wien eine ganze Reihe von politischen Aktionen statt, die sich gegen die sowjetische Besetzung der CSSR wandten. Bei der Abschlußkundgebung einer von der Ortgruppe Wien des KB und von demokratischen Komitees 21. August organisierten Demonstration zur sowjetischen Botschaft kam es zu einem bezeichnenden Vorfall: Während der Kundgebung stürzt aus der Menge der die Botschaft bewachenden Polizisten ein Beamter in Uniform heraus und beginnt wahllos die Demonstranten zu fotografieren.

Es handelte sich offensichtlich um eine Provokation übelster Art, zivile Polizeibeamte und von der Polizei geschützte russiche Agenten fotografieren seit jeher bei Demonstrationen bei der sowjetischen Botschaft. Diese Vorgangsweise entspricht den „Vereinbarungen zwischen den Behörden und der sowjetischen Botschaft“, die für den 21. August getroffen wurden

und darunter mit dem sozialistischen China, auf die Zusammenarbeit mit Rumänien und Jugoslawien, auf den Zusammenschluß Europas im Kampf gegen die beiden Hegemonialmächte. Sie beziehen sich auch auf Maßnahmen im Inneren, die auf die Stärkung der nationalen Unabhängigkeit gerichtet sind, wie z.B. auf militärischem Gebiet Verteidigungsstellungen an den Grenzen oder Schutzmaßnahmen für die Bevölkerung. Entscheidend ist dabei immer der selbständige Kampf der Arbeiterklassen und der Völker, zugleich aber kämpfen wir hier um den Zusammenschluß mit allen Kräften in Österreich, die für den Kampf gegen den Hegemonismus gewonnen werden können, und sei es zunächst auch nur zeitweilig und in der einen oder anderen Frage. Nur dadurch können Hegemonismus und Kriegstreiberei wirksam bekämpft, der Krieg hinausgeschoben und Zeit für die Revolution sowie für die Vorbereitung der Volksmassen auf den Kriegsfall gewonnen werden.

Genossinnen und Genossen!

Im Juli 1938 veröffentlichte die KPÖ ein „Manifest an das österreichische Volk“: *„Noch sind nicht alle Märzen vorbei. Im März des Jahres 1844 zerbrach unser Volk die Tyrannei des habsburgischen Absolutismus. Im März des Jahres 1938 wurde die österreichische Freiheitsbewegung durch die militärische Übermacht Hitlers niedergeworfen. Es kommt ein März der Sühne und des Sieges, ein März der endgültigen Befreiung Österreichs . . . Aus tiefstem Herzen grüßen wir dieses kommende Österreich der Freiheit und des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus.“* Auch heute sind es die Kommunisten, die die Traditionen des revolutionären antifaschistischen Kampfes hochhalten. Wir halten sie hoch, indem wir den Kampf gegen die Kriegtreiber von heute und den Kampf um den Sozialismus entschlossen führen. In der Zeit des blindwütigen Terrors des Hitlerfaschismus schrieb die KPÖ: *„Der deutsche Faschismus, der Österreich niederhält, ist eine grausame, aber keine dauerhafte Macht. So furchtbar sie uns drückt, ist die Fremdherrschaft dennoch nur eine geschichtliche Episode. Das Volk ist auf die Dauer stärker als die Unterdrücker.“* Die Geschichte hat diesen Worten recht gegeben. Der Hitlerfaschismus ist vernichtet worden. Den Kriegstreibern der Gegenwart sowie allen Reaktionären wird es nicht anders ergehen. Der Sozialismus folgt auf den Kapitalismus wie der Tag auf die Nacht.

Über die Oktoberrevolution 1848 in Wien

Die Oktoberereignisse vor 130 Jahren sollten den Verlauf der bürgerlichen Revolution in Österreich, die fast ein Jahr lang währte, entscheidend bestimmen. Was war geschehen?

Österreich vor 1848

In der Periode zwischen der Französischen Revolution von 1789 und dem Jahre 1848 erfaßte die industrielle Revolution alle Länder West-und Mitteleuropas, unter anderem auch die österreichisch-ungarische Monarchie. Obwohl die Verdrängung der Kleinproduktion durch die Großindustrie in Österreich unvergleichlich langsamer vor sich ging als in England, hat doch die Entstehung des Kapitalismus in Österreich einschneidende Verschiebungen der sozialen Verhältnisse hervorgerufen.

Die moderne kapitalistische Produktionsweise begann sich ab 1820 auszubreiten und Wurzeln zu schlagen. Der aufkommende Kapitalismus - das bedeutete Industrialisierung, Entstehen von Großbetrieben und Untergang der kleinen Handwerker, Anwendung von Maschinen und Dampfkraft, Umwälzung der Verkehrsverhältnisse; er bedeutete das Aufkommen von völlig neuen Produktionszweigen, ungeheures Anschwellen der Städte, Entstehung des Industriebürgertums auf der einen, des Industrieproletariats auf der anderen Seite.

Obgleich das reaktionäre Metternich-Regime jede Ausbreitung und Entfaltung der Industrie im Interesse der adeligen Grundbesitzerklasse ängstlich zu behindern suchte - so gab es zeitweise sogar Bauverbote für Fabriken -setzte sich mit Beginn der dreißiger Jahre der Kapitalismus dennoch im ganzen Habsburgerreich durch. Das aufsteigende Bürgertum begann die jahrhundertelang unumschränkte Macht des Adels zu gefährden. Mit allen erdenklichen Mitteln versuchten die adeligen Gutsherrn und Großgrundbesitzer sowie die reichen Börsenfürsten und Spekulanten, die alte Ordnung aufrechtzuerhalten und keine Änderung der gesellschaftlichen Verhältnisse zuzulassen. Diesem Ziel entsprach auch die Politik der Regierung des Fürsten Metternich, welche sich nur mit Hilfe von Polizei und Heer, Justiz und Bürokratie und einem umfassenden Spitzel- und Zensurwesen halten konnte. Eine Opposition gegen die Regierung wurde nicht geduldet, weder auf politischem, auf kulturellem, wissenschaftlichem oder religiösem Gebiet.

„So gelangte die Bourgeoisie mit wachsendem Reichtum und zunehmender Ausdehnung ihres Handels bald zu einem Stadium, wo sie sich in der Entfaltung ihrer wichtigsten Interessen durch die politische Verfassung des Landes gehemmt sah" (Karl Marx/ Friedrich Engels: Revolution und Konterrevolution in Deutschland.)

Und auch die Masse der Nation, die weder dem Adel noch der Bourgeoisie angehörte, also Arbeiter, Kleinbürger und Bauern hatten Interesse, den Sturz des Metternich-Regimes herbeizusehnen:

„Da war der Bauer, Leibeigener oder Zinsbauer, zu Boden gedrückt durch die Abgaben, die der Grundherr oder die Regierung aus ihm herauspreßte; dann der Fabrikarbeiter, den der Polizeizwang, sich zu jeglicher Bedingung abzurackern, die der Fabrikant festzusetzen beliebte; dann der Handwerksgeselle, dem die Zunftgesetze jede Aussicht versperrten, sich in seinem Gewerbe jemals selbständig zu machen; dann der Kaufmann, der in seinem Geschäft auf Schritt und Tritt über sinnlose Vorschriften stolperte; dann der Fabrikant, in stetem Konflikt mit den eifersüchtig über ihre Privilegien wachenden Handwerkerzünften oder mit gierigen Beamten, die in alles ihre Nase steckten; dann der Lehrer, der Gelehrte, der gebildetere Beamte, alle in vergeblichem Kampf mit einem unwissenden, anmaßenden Pfaffentum oder mit stupiden, herrschsüchtigen Vorgesetzten. Kurz, es gab keine einzige Klasse, die zufrieden gewesen wäre" (Karl Marx/ Friedrich Engels: Revolution und Konterrevolution in Deutschland). So reiften auch in Österreich die Bedingungen für einen revolutionären Sturz des überkommenen Systems heran.

Der Ausbruch der Revolution im März

Am 13. März forderten in Wien Bürger, Arbeiter und Studenten in einer machtvollen Demonstration das Ende des verhaßten Systems, den Rücktritt Metternichs, sowie Presse-und Redefreiheit, Volksvertretungen, eine Konstitution und die Organisation der Bürger zur bewaffneten Nationalgarde. Als kaiserliche Grenadiere in die Menge feuern, wird der spontane Umzug revolutionär. Barrikaden werden errichtet, Arbeiter und Studenten greifen zu den Waffen, in den Vorstädten entlädt sich die langaufgestaute Wut der Proletarier; Fabriken werden angezündet, Maschinen gestürmt und Fabrikantenvillen zerstört. Nach zwei Tagen fieberhafter Aufregung muß die Märzrevolution vom Kaiser sanktioniert werden: Metternich dankt ab und flieht nach England, die Zensur wird aufgehoben, eine Konstitution (Verfassung) versprochen. Wien atmet auf. Am 15. und 25. Mai kommt es zu zwei weiteren Aufständen, als die schwache Regierung, zwischen den Interessen des Adels und denen der Bourgeoisie hin und her laviert, die neu errungenen bürgerlichen Freiheiten antasten will und das freie Wahlrecht verhindern sowie die revolutionäre Akademische Legion, die bewaffnete Organisation der Studenten, auflösen will.

Arbeiter, Studenten und Nationalgarde antworten mit einer gewaltigen Demonstration zur Hofburg und zum Stadtzentrum. Wiederum werden Barrikaden aus dem Pflaster errichtet, während sich zugleich die Soldaten der kaiserlichen Armee, zum Schutze der Hofburg eingesetzt, mit dem Volk zu verbrüdern beginnen. Die Regierung ist zum Nachgeben gezwungen, der Kaiser und der Hof flüchten nach Innsbruck, ins reaktionäre Tirol. Obwohl sich im ganzen Land die Anzeichen eines allgemeinen Bauernaufstandes abzeichnen, gelang es den revolutionären Wienern dennoch zu keinem Zeitpunkt der Revolution, sich mit den Bauernmassen zu verbünden und auch auf dem Lande die Revolution aufflammen zu lassen.

Der weitere Verlauf der Revolution

Zugleich erheben sich im ganzen Gebiet der Monarchie die von Österrich unterdrückten Nationen - Ungarn, Tschechen, Polen und Italiener, Böhmen, Kroaten, Serben, Mähren und Dalmatiner, und fordern das Recht, ihre eigenen Angelegenheiten selbst zu regeln. Während die nationalen Einigungsbestrebungen der Polen, Italiener und vor allem der Ungarn und ihr Kampf um Selbständigkeit und Unabhängigkeit revolutionäre Züge aufwies, spielten die auf Vereinigung mit dem zaristischen Rußland gerichteten panslawistischen Bestrebungen der Böhmen, der Kroaten und der übrigen Südslawen eine reaktionäre Rolle. In diesen wirtschaftlich und politisch rückständigen Gebieten suchte und fand die österreichische Monarchie schließlich auch ihren Rückhalt, indem sie demagogisch den Umstand ausnützte, daß in einigen Gebieten Österreichs slawische Bauern von Gutsbesitzern anderer Nationen (z.B. Ungarn) ausgenutzt wurden. Die österreichische Monarchie, die sich von den ersten Schlägen erholt hatte, begann die nationalen Gegensätze zur Festigung ihrer Lage auszunutzen. Es gelang ihr, die slawische Bewegung in Böhmen mit Hilfe der Deutschen und Ungarn und die italienische Bewegung mit Hilfe der Slawen und Ungarn niederzuschlagen. *„Als Beweis dafür, wie weit es dem Metternichschen System gelungen war, die Entwicklung des politischen Denkens (in Österreich) hintanzuhalten, muß hier festgestellt werden, daß im Verlauf der ersten sechs Monate des Jahres 1848 die gleichen Männer, die in Wien auf die Barrikaden gestiegen, voll Begeisterung zu den Armeen eilten, die gegen die italienischen Patrioten kämpften. Diese bedauerliche Ideenverwirrung war indessen nicht von langer Dauer."* (Karl Marx/ Friedrich Engels: Revolution und Konterrevolution in Deutschland)

Zugleich spitzte sich die Entwicklung in Wien zu. War die Märzrevolution von einer einheitlichen Anti-Metternich-Oppositionsbewegung der Bürger, Arbeiter, Kleinbürger und Studenten getragen worden, wobei freilich die Hauptlast der Auseinandersetzungen Arbeiter und Studenten trugen, so begann im Lauf der Ereignisse die revolutionäre Begeisterung des besitzenden Bürgertums bald zu erlahmen. Erschreckt durch die selbständigen Aktionen des Proletariats, erhoffte man sich nun - nach der Gewährung der notwendigsten bürgerlichen Rechte und Freiheiten - Ruhe und Belebung der Geschäfte und begann, ein Bündnis mit dem Adel einem mit den radikalen Arbeitern vorzuziehen. Auch das Kleinbürgertum differenzierte sich zusehends und zerfiel rasch in einen bürgerlich kapitulatenhaften und einen demokratischen Flügel. Es waren die Arbeiter, Studenten und die konsequent demokratischen Teile des Kleinbürgertums, die an der Weiterführung der Revolution bis hin zu einer wirklichen Umgestaltung der politischen und sozialen Verhältnisse interessiert waren.

„So entwickelte sich bald ein ziemlich kühles Verhältnis zwischen der Bourgeoisie auf der einen, den turbulenten Studenten und Arbeitern auf der anderen Seite; und wenn diese Kühle sich längere Zeit nicht zur offenen Feindschaft auswuchs, so nur darum, weil das Ministerium, und namentlich der Hof, in ihrer Ungeduld, die alten Zustände wieder herzustellen, immer wieder den Argwohn und die stürmische Regsamkeit der



„Jede Konstitution erfordert Konsequenz" Metternich auf der Flucht (1848)



Arbeiterzug.

entschiedenen revolutionären Gruppen rechtfertigte und sogar vor den Augen der Bourgeoisie immer wieder das Schreckgespenst des alten Metternichschen Despotismus heraufbeschwor." (Karl Marx/Friedrich Engels: Revolution und Konterrevolution in Deutschland).

Die Oktoberrevolution

Im August kürzt die großbürgerlich-aristokratische Regierung ohne Angabe von Gründen den Lohn der Prater-Erdarbeiter um 5 Kreuzer. Auf der Demonstrationszug der aufgebrachten Proletarier eröffnet die bürgerliche Nationalgarde das Feuer - zurück bleiben 18 Tote und 282 Verwundete, Männer, Frauen, Kinder. Die gemeinsame Front der Arbeiter, Studenten und der Nationalgarde ist endgültig zerbrochen, der Klassenkampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie ist auch in Wien blutig ausgebrochen.



Erdarbeiter im Prater 1848

Anfang Oktober spitzt sich die Situation weiter zu: Der Oberbefehlshaber der kaiserlichen Truppen, Fürst Windischgrätz, hat bereits das revolutionäre Prag erstürmt, nun sollte auch die Bewegung in Ungarn niedergeschlagen werden. Am. 6.Oktober soll ein Grenadierbattaillon von Wien nach Ungarn abgehen. Die revolutionären Wiener sympathisieren jedoch mit den freiheitsliebenden Magyaren: spontan und schlecht bewaffnet setzten sie sich in Bewegung, besetzten den Nordbahnhof und die Taborbrücke und bauten Barrikaden. Die Grenadiere des k.u.k. Regiments verbrüdern sich mit den revolutionären Volksmassen und ziehen mit ihnen gemeinsam in die Stadt. An der Taborbrücke kommt es zum offenen Kampf zwischen den Meuterern und den kaisertreuen Stadtgarden, die jedoch überwältigt werden. Noch einmal wird Wien vom revolutionären Aufruhr ergriffen - es kommt überall in der Stadt zu Gemetzel zwischen monarchistischen und demokratischen Angehörigen der Nationalgarde, selbst am Stephansplatz und im Inneren des Doms. Der Kriegsminister setzt Truppen ein, welche aber der revolutionären Übermacht unterliegen. Das Volk besetzt das Kriegsministerium, erhängt den Kriegsminister Graf Latour an einer Laterne und stürmt das Zeughaus, um sich die langersehnten Waffen zu beschaffen. Am Abend des 7.Oktober, nach zwei Tagen blutiger Kämpfe, ist das Volk Sieger.

„*Die October-Revolution war keine Programmrevolution wie die des März oder Mai, da gab es nichts durchzusetzen, da galt es nicht, noch eine soziale Scheidewand niederzureißen; die October-Revolution war ganz einfach ein den Massen des Volkes aufgezwungener Kampf um die Freiheit, um die Erhaltung all dessen, was bisher errungen worden war.*" (Ernst Victor Zenker: Die Wiener Revolution 1848 in ihren socialen Voraussetzungen und Beziehungen. Wien-Pest-Leipzig 1897). Noch einmal war es den Volksmassen gelungen, die Revolution gegen die Reaktion, gegen das Bündnis Hof-Adel-Bourgeoisie zu verteidigen - in Wien konstituiert sich ein Gemeinderat und ordnet die Bewaffnung und Verteidigung der Stadt an.

Die Niederlage der Revolution

Ab nun überstürzen sich die Ereignisse: Am 16.Oktober setzte sich ein 100.000 Mann starkes Heer in Bewegung, um Wien zu erobern und die Revolution niederzuschlagen. Aus Böhmen, Mähren, aus der Steiermark und Oberösterreich marschiert ein Regiment nach dem anderen nach Wien. Am 21. Oktober schließen die konterrevolutionären Armeen Wien ein. Der Sicherheitsausschuß, zusammengesetzt aus allen sozialen Gruppierungen Wiens, ist unfähig zu entscheiden und verliert seine Zeit mit endlosen Debatten zwischen den Verteidigern der Freiheit und den bürgerlichen Vertretern der Kapitulation.



Der Kriegsminister Latour wird hingerichtet



Erstürmung des k. u. k. Zeughauses

Am 23.Oktober richtet Windischgrätz ein Ultimatum an die Stadt und verlangt die sofortige Kapitulation. Unter der Führung des ehemaligen Leutnants Messenhauser organisieren die entschlossensten Arbeiter und Studenten unter fast aussichtlosen Bedingungen die Verteidigung der Stadt. Am 26.Okober werden die Taborschanze, der Nordbahnhof, der Prater und Teile der Leopoldstadt von den Truppen besetzt.

Die Arbeiter und Studenten weigern sich jedoch, die Waffen zu strecken. Am 28. Oktober wird der Rest der Leopoldstadt, die Landstraße, die Vororte und einzelne Vorstädte erobert. Am 31.Oktober eröffnet Windischgrätz das Artilleriefeuer auf Wien. Auf vielen Punkten wird praktisch „bis zum letzten Mann" gekämpft. Aber die reaktionäre Übermacht ist zu groß. Eine Barrikade nach der anderen wird von den Kaiserlichen Truppen weggefegt. In der Nacht zum 1.November erstürmt Windischgrätz Wien. Es kommt zu schweren Ausschreitungen der Truppen, alles politische Leben wird erdrosselt, die Anhänger der Revolution werden blutig verfolgt, Hunderte ermordet und Tausende verwundet, Kriegsgericht und Standrecht regieren die Stadt. Am 2.Dezember tritt Kaiser Ferdinand zurück, der 18-jährige Franz Josef besteigt den Thron. Zwei Jahre später kehrt Metternich nach Österreich zurück.

Die Revolution war bezwungen; die neue Regierung führt zwar eine Reihe von wirtschaftlichen Reformen durch, die Demokratie aber ist auf Jahrzehnte besiegt. Die Bourgeoisie opferte einen wirtschaftlichen Erfolg einem halben politischen.

Die Lehren aus der Revolution

Die Revolution von 1848 endete mit ihrer Niederlage. Ihr Ziel, Sturz des alten Staatsapparates und die Errichtung eines neuen, bürgerlich - demokratischen, wurde nicht erreicht. Die Hauptursache für das Scheitern der Revolution lag darin, daß es an einer Klasse fehlte, die fähig gewesen wäre, die Revolution zu führen.

Eingeschüchtert durch die selbständigen Aktionen des Proletariats im Verlauf der Revolution, kehrte die österreichische Bourgeoisie der Revolution sehr bald den Rücken und flüchtete in die Arme des Adels zurück, um ihre wirtschaftlichen Positionen ja nicht zu gefährden. Objektiv zum revolutionären Handeln bestimmt, von Natur aus aber feig und kleinmütig, nahmen die Fabrikanten, Kaufleute, Händler und Bankleute bald eine konterrevolutionäre Haltung ein und bemühten sich um einen friedlichen Ausgleich mit der an der Macht befindlichen reaktionären Adeligen.

Ein zweiter Wesenszug der bürgerlichen Revolution war die Abkehr des Kleinbürgertums von der Revolution und die Auflösung seines Blocks mit den Proletariat. „*Demütig und kriecherisch unterwürfig unter einer starken feudalen oder monarchischen Regierung wendet er sich dem Liberalismus zu, wenn die Bourgeoisie im Aufstieg ist; sobald die Bourgeoisie ihre eigene Herrschaft gesichert hat, wird es von heftigen demokratischen Anwandlungen befallen, versinkt aber jämmerlich in Furcht und Zagen, sobald die Klasse unter ihm, das Proletariat, eine selbständige Bewegung wagt*", so charakterisiert Friedrich Engels (Revolution und Konterrevolution in Deutschland) die Haltung des Kleinbürgertums, das im Verlauf der Revolution tatsächlich abwechselnd aus einem dieser Stadien in andere überging.

Neben dem Verrat der Bourgeoisie und der Unentschlossenheit des Kleinbürgertums war ein weiterer wesentlicher Faktor für die Niederlage der Revolution die Tatsache, daß es den Revolutionären nicht gelungen war, eine Bauernbewegung auf dem Lande auszulösen und zu leiten, sowie die Tatsache, daß der habsburgische Feudalismus es verstand, die nationalen Gegensätze innerhalb der österreichisch-ungarische Monarchie auszunutzen und so eine Vereinigung der revolutionären Kräfte aller Nationen verhinderte. Weder die Österreicher, noch die Ungarn oder Tschechen hatten es verstanden, die nationale und soziale Frage zu verbinden und



„Scene bei der Mariahilfer Linie am 26.October 1848"

als Hauptfeind den österreichischen Feudalismus vereinigt anzugreifen und zu schlagen.

Das Entscheidendste aber war, daß das österreichische Proletariat selbst nicht imstande war, die Revolution zu führen. Zahlenmäßig noch schwach entwickelt, ohne Erfahrungen und in Unwissenheit und Unbildung gehalten, war die österreichische Arbeiterschaft noch nicht zur selbstbewußten Klasse geschmiedet worden, und es konnte seit den vierziger Jahren zwar von einer immer dringlicher werdenden Arbeiterfrage, nicht aber von einer Arbeiterbewegung in Österreich gesprochen werden. Die Ideen des Sozialismus und Kommunismus waren noch kaum nach Österreich gedrungen, nur die wenigst wußten mit politischen Begriffen und Parolen etwas anzufangen..*.Die Arbeiter, mit Mißtrauen betrachtet, ohne Waffen, ohne Organisation, der Geistesknechtung des alten Regimes kaum entronnen, eben erst erwachend, nicht zum Bwußtsein, sondern zum rein instinktiven Erfassen ihrer gesellschaftlichen Lage und der sich daraus ergebenden politischen Haltung, konnten sich nur durch laute Demonstrationen Gehör verschaffen; man durfte von ihnen nicht erwarten, sie würden die Schwierigkeiten des Augenblicks meistern. Aber sie waren - wie überall in Deutschland während der Revolution - bereit, bis zum Äußersten zu kämpfen, sobald sie nur Waffen erhielten.*" (Karl Marx/Friedrich Engels: Revolution und Konterrevolution in Deutschland)

Die Wiener Arbeiter waren es, die von Beginn an am entschlossensten für die Revolution gekämpft hatten und die Hauptlast der Auseinandersetzungen getragen hatten, sie waren es auch, die nach der Niederlage am blutigsten verfolgt wurden. Augenzeugen berichteten, daß es in den Arbeitervorstädten zu besonders barbarischen Ausschreitungen kam, während die innere Stadt von Plünderungen und Verhaftungen relativ verschont blieb. In den Vorstädten allein wurden an die 5000 Revolutionäre festgenommen, standrechtlich erschossen oder zu jahrelangen Gefängnisstrafen verurteilt.

Hatte die Bourgeoisie sich auch nicht zur politisch herrschenden Klasse aufschwingen können, so hatte sie doch im Großen und Ganzen ihre wirtschaftlichen Interessen durchgesetzt und ihre ökonomische Herrschaft gefestigt; für die Arbeiterklasse jedoch brachte der endgültige Durchbruch des Kapitalismus in Österreich keinerlei Verbesserung ihrer wirtschaftlichen und politischen Lage.

„*Die aus dem Untergange der feudalen Gesellschaft hervorgegangene moderne bürgerliche Gesellschaft hat die Klassengegensätze nicht aufgehoben. Sie hat nur neue Klassen, neue Bedingungen der Unterdrückung, neue Gestaltungen des Kampfes an die Stelle der alten gesetzt. Unsere Epoche, die Epoche der Bourgeoisie, zeichnet sich jedoch dadurch aus, daß sie die Klassengegensätze vereinfacht hat. Die ganze Gesellschaft spaltet sich mehr und mehr in zwei große feindliche Lager, in zwei große, einander direkt gegenüberstehende Klassen: Bourgeoisie und Proletariat*". (Karl Marx und Friedrich Engels, Manifest der Kommunistischen Partei)





Barrikade auf der Lerchenfelderstraße nach der Erstürmung

Wie liest man eine Bilanz? Am Beispiel der Jahresbilanz 1977 der Elin-Union AG

Was holt eigentlich die Firma aus der Belegschaft heraus? Das dachten sich schon oft Arbeiter und Angestellte, die über die Ausbeutung in ihrer Firma nachzudenken beginnen. Wie geht man es aber an, das auszurechnen? Wir möchten hier zwei Methoden vorstellen, wie man aus den in allen Geschäftsberichten von Aktiengesellschaften enthaltenen Gewinn- und Verlustrechnungen, die in einem bestimmten Jahr von den Arbeitern erarbeiteten Profite errechnen kann.

Woher entspringt der Mehrwert?

Manche bürgerliche Ökonomen erklären den Mehrwert damit, daß der Kapitalist die Ware zu einem höheren Preis verkauft, als er sie gekauft hat, daß er sie „über dem Wert" verkauft. Aber wenn jeder Kapitalist seine Waren „über dem Wert" verkauft, gewinnt er beim Verkauf, verliert aber andererseits selbst beim Einkauf. Natürlich gibt es gerissene Halsabschneider, die Waren über ihrem Wert verkaufen, das sind aber Ausnahmen. *Alle* Kapitalisten können nicht auf diese Weise den Wert vergrößern; aber doch machen sie alle *Mehrwert*. Der Kapitalist kauft Produktionsmittel (konstantes Kapital) und Arbeitskraft (variables Kapital) ein und hofft, mit den produzierten Waren mehr Geldhereinzubekommen als er für die eingekauften Waren bezahlt hat. -Nur die Ware Arbeitskraft ist imstande, mehr Wert zu schaffen, als für ihren Kauf bezahlt wurde. Sie allein ist die Quelle neuer Werte, ist *Quelle des Profits.*

Während ein Arbeiter und die in der Produktion tätigen Angestellten und Techniker die Werte schaffen, erhalten sie nur einen Teil des Produktenwerts als Lohn zurück. Den Rest steckt der Kapitalist ein, bzw. verschiedene Angehörige der Kapitalistenklasse: das Bankkapital, das Zinsen für verliehenes Kapital will und der Grundbesitzer, der den Boden für die Produktion zur Verfügung stellt.

In einer produzierten Ware stecken *3 Wertteile*: der Wert der bei der Produktion abgenützten und verarbeiteten Produktionsmittel (sowohl Rohstoffe als auch Maschinen), der Lohnanteil und der Mehrwert.

Wenn wir erforschen wollen, wieviel ein Unternehmer aus seinen Arbeitern herausholt, müssen wir, (da wir wissen, daß die Profite in den Bilanzen gut versteckt sind) versuchen, das konstante und das variable Kapital festzustellen und dann vom Umsatz einer Firma abzuziehen; als Restgröße muß dann der Profit übrigbleiben. Oder als zweite Möglichkeit, wir suchen in den verschiednen Positionen veröffentlichter Unterlagen des Unternehmens die versteckten Gewinnpositionen. Bei beiden Verfahren muß das gleiche herauskommen.

Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung

Jede Aktiengesellschaft veröffentlicht einen Geschäftsbericht, in dem neben allgemeinen Beschreibungen der Lage des Betriebs die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung enthalten ist.

Bilanz

DieBilanz einer Aktiengesellschaft sollte, wie die offizielle Forderung lautet, die Vermögensverhältnisse eines Unternehmens darstellen. Nun soll sich niemand vorstellen, daß das wirklich so ist. Die Bilanz zeigt das, wie das Unternehmen nach außen aussehen *will*. Die internen Bilanzen, die eine Firma macht, schauen ganz anders aus; da sind die Profite, das wirkliche Vermögen ausgewiesen, denn jeder Kapitalist hat ein Interesse, selbst zu wissen, wie es um seine Firma steht. Aber er hat weder ein Interesse, daß die Arbeiter oder Angestellten zu genau Bescheid wissen; noch will er seinen Konkurrenten zuviel Einblick geben; noch will er, daß die Steuer zu viel erfährt. Wobei aber viele Methoden der Profitverschleierung „offiziell" sind. So werden die maschinellen Anlagen und Gebäude der kapitalistischen Unternehmen immer viel zu niedrig ausgewiesen. Es gibt dabei stille Reserven, die auf bis zu 90 % des ausgewiesenen Vermögens geschätzt werden. Sie kommen zustande unter anderem durch die Möglichkeit der vorzeitigen Abschreibungen für Maschinen und Gebäude. Dadurch haben oft Maschinen nach der Bilanz gar keine Wert mehr, stehen aber noch in voller Verwendung.

Die Bilanz hat eine linke Seite (Aktivseite) und eine rechte (Passivseite). Auf der linken Seite wird verzeichnet, wofür die Firma Mittel verwendet hat: z.B. für Anlagevermögen (Maschinen, Boden, Gebäude), Umlaufvermögen (Rohstoffe), auf der rechten, woher sie das Geld dafür hat, z.B. durch Bildung von Rücklagen (Reserven), Aufnahme von Krediten, usw.

Bilanzen weden für einen bestimmten Stichtag erstellt (meist 31. Dezember eines Jahres) in Gegensatz zu der anschließend besprochenen Gewinn- und Verlustrechnung, die die Aufwendungen und Erträge eines Unternehmens während eines ganzen Jahres darstellt.

Gewinn- und Verlustrechnung

Die Gewinn- und Verlustrechnung erfaßt, wenn auch in verschleierter Form, die Wertbewegung im Verlauf eines Jahres. Es handelt sich um die Erfassung der im Verlauf eines Jahres auf die produzierten Waren übertragenen Werte der Produktionsmittel (Gebäude, Maschinen, Rohstoffe) und um die durch die produktiven Arbeiter geschaffenen Werte, die sich teils als Aufwendungen für Löhne und Gehälter, aber teilweise auch als Gewinnpositionen wiederfinden.

Auf der Aufwendungsseite findet man: Personalaufwendungen, Abschreibungen, Zinsen an Banken, Steuern usw., auf der Ertragsseite verschiedene Erträge.

Für unsere Berechnungen ist die Gewinn- und Verlustrechnung interessanter, von ihr gehen wir aus.

Unsere Aufgabe ist, bei der Ermittlung des Gewinns herauszufinden:

- was sind die tatsächlichen Aufwendungen, die ein Kapitalist hat, nämlich: Lohnkosten und Kosten für verbrauchte Rohstoffe, Maschinen, usw.
- welche Werte sind in der untersuchten Periode hergestellt worden, welche früher (wir wollen ja den produzierten Profit *einer bestimmten* Periode herausrechnen).

Durch die Verschleierung, die bei der Erstellung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung betrieben wird (um die Öffentlichkeit über die Höhe der Profite zu täuschen und um möglichst wenig Steuern zahlen zu müssen), können unsere Berechnungen nur *gewisse Größenordnung* angeben, einen ungefähren Richtwert, der in den meisten Fällen eher zu niedrig angenommen sein wird.

Methode zur Berechnung des Profits

Wir wollen die Vorgangsweise an einem Beispiel zeigen: Gewinn- und Verlustrechnung der Elin Union, 1977.

Bei der Methode 1 versuchen wir, ausgehend vom erarbeiteten Umsatz der Firma, die Aufwendungen für variables und konstantes Kapital zu ermitteln und davon abzuziehen. Als Ausgangsbasis verwenden wir eine schon etwas „behandelte" Größe, den *Rohertrag*. Das ist der Umsatz nach Abzug der Aufwendungen für die Beschaffung von Rohstoffen, Waren, usw.

Der Rohertrag steht auf der Ertragsseite der Gewinn- und Verlustrechnung, er beträgt

BILANZ

Aktiva	s. Fußnote	1977	1976	Veränderung
I. Anlagevermögen				
Unbebaute Grundstücke	1)	41,7	1,0	+ 40,7
Bebaute Grundstücke mit				
a) Wohngebäuden		13,9	26,8	− 12,9
b) Geschäfts- oder Fabriksgebäuden oder anderen Baulichkeiten		480,9	479,5	+ 1,4
Baulichkeiten auf fremdem Grund				
a) Wohngebäude		0,5	0,6	− 0,1
b) Geschäfts- oder Fabriksgebäude oder andere Baulichkeiten		6,0	6,1	− 0,1
Maschinen und maschinelle Anlagen		203,6	215,6	− 12,0
Werkzeuge, Betriebs- und Geschäftsausstattung	2)	177,5	148,0	+ 29,5
Im Bau befindliche Anlagen		27,4	14,4	+ 13,0
Patente und Lizenzen		1,4	0,2	+ 1,2
Konzessionen, Marken und ähnliche Rechte		0,6	0,9	− 0,3
Beteiligungen		240,3	234,9	+ 5,4
Andere Wertpapiere des Anlagevermögens		83,5	79,9	+ 3,6
Anzahlungen für Anlagen		8,6	4,4	+ 4,2
		1 285,9	1 212,3	+ 73,6
II. Umlaufvermögen				
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe		313,5	276,4	+ 37,1
Halbfertige Erzeugnisse		530,0	568,8	− 38,8
Noch nicht fertiggestellte Leistungen		1 180,6	907,0	+273,6
Fertige Erzeugnisse		131,5	133,6	− 2,1
Handelswaren		223,2	208,3	+ 14,9
Von der Gesellschaft geleistete Anzahlungen	3)	413,8	257,5	+156,3
Forderungen auf Grund von Warenlieferungen und Leistungen	4)	2 484,4	2 366,7	+117,7
Forderungen an Konzernunternehmen	5)	171,6	70,6	+101,0
Forderungen aus Krediten gem. § 80 Akt. Ges.		1,0	0,5	+ 0,5
Wechselforderungen		3,3	1,8	+ 1,5
Schecks		0,2	0,1	+ 0,1
Kassenbestand, Postscheckguthaben und Giroguthaben bei der Oesterreichischen Nationalbank		10,6	13,5	− 2,9
Andere Guthaben bei Kreditunternehmungen		177,6	115,3	+ 62,3
Sonstige Forderungen		75,2	48,9	+ 26,3
		5 716,5	4 969,0	+747,5
III. Aktive Rechnungsabgrenzungsposten		3,5	4,4	− 0,9
		7 005,9	6 185,7	+820,2
Eventualforderungen	6)	11,1	19,8	− 8,7

in unserem Fall 1965,7 Mio S.

Jetzt gehen wir die Aufwandseite durch:

Personalaufwand: wir ziehen die *Löhne und Gehälter* voll ab (1333,9 Mio S). Dieser Abzug ist sicher zu hoch. Denn darin sind die Vorstands- und Aufsichtsratsbezüge enthalten, die aber bei Elin nicht gesondert ausgewiesen sind. Sie dürfte man nicht abziehen, da sie ein Teil des Profits sind. Außerdem ist darin die Entlohnung der nicht produktiv tätigen Angestellten enthalten. Diese Ausgaben sind oft nur notwendig aus Gründen der kapitalistischen Beherrschung der Betriebe, die zu einem ungeheuren Verwaltungsaufwand führt. Ganz genau genommen werden diese Kollegen aus dem Profit bezahlt und nicht aus dem Teil des Produktenwerts, der dem Lohn entspricht. Aber mangels genauerer Zahlen müssen wir uns auf die vorhandenen stützen und können diese Einwände nicht berücksichtigen.

Soziale Abgaben und *freiwillige soziale Aufwendungen* akzeptieren wir auch als Aufwendungen, die zum Lohn gehören: also minus 196,1.

Die Position *„andere personalabhängige Abgaben und Beiträge"* rechnen wir zum Profit, das kann man keinesfalls als „Personalaufwand" akzeptieren. Sie enthält z.B. in Wien die U-Bahnsteuer, die vom Staat nach

Passiva	s. Fußnote	1977	1976	Veränderung
I. Grundkapital		500,0	500,0	—
II. Rücklagen				
Gesetzliche Rücklage		45,0	40,0	+ 5,0
Andere Rücklagen (freie Rücklagen)				
a) versteuerte Rücklagen		120,0	120,0	—
b) nicht versteuerte Rücklagen				
Investitionsfreibetrag 1975		4,0	4,0	—
Investitionsfreibetrag 1976		9,8	10,4	− 0,6
Investitionsfreibetrag 1977		6,6	—	+ 6,6
		185,4	174,4	+ 11,0
III. Bewertungsreserve lt. §§ 8, 12 und 122 EStG 1972 und § 4/4/5 EStG 1967				
Unbebaute Grundstücke		22,7	—	+ 22,7
Bebaute Grundstücke mit Wohngebäuden		—	0,2	− 0,2
Bebaute Grundstücke mit Geschäfts- oder Fabriksgebäuden oder anderen Baulichkeiten		49,4	44,4	+ 5,0
Baulichkeiten auf fremdem Grund mit Geschäfts- oder Fabriksgebäuden oder anderen Baulichkeiten		1,2	0,9	+ 0,3
Maschinen und maschinelle Anlagen		162,6	146,3	+ 16,3
Werkzeuge, Betriebs- und Geschäftsausstattung		115,6	114,8	+ 0,8
Im Bau befindliche Anlagen		10,2	6,8	+ 3,4
Patente und Lizenzen		0,7	0,2	+ 0,5
Konzessionen, Marken und ähnliche Rechte		0,6	0,7	− 0,1
Andere Wertpapiere des Anlagevermögens		1,9	2,3	− 0,4
	7)	364,9	316,6	+ 48,3
IV. Vorsorge für Abfertigungen und Pensionen				
Vorsorge für Abfertigungen		328,8	270,4	+ 58,4
Vorsorge für Pensionen (davon versteuert 54,2)		184,7	170,2	+ 14,5
		513,5	440,6	+ 72,9
V. Rückstellungen	8)	835,0	649,8	+185,2
VI. Verbindlichkeiten				
Anleihen		140,0	137,3	+ 2,7
Hypothekarschulden		—	0,1	− 0,1
Wechselschulden aus ERP-Krediten		41,8	55,9	− 14,1
Langfristige Verbindlichkeiten gegenüber Kreditunternehmungen	9)	965,9	1 058,5	− 92,6
Andere langfristige Verbindlichkeiten		89,4	100,9	− 11,5
Anzahlungen von Kunden	10)	1 873,7	1 579,1	+294,6
Verbindlichkeiten auf Grund von Warenlieferungen und Leistungen	11)	903,0	659,9	+243,1
Verbindlichkeiten gegenüber Konzernunternehmen	12)	62,8	48,1	+ 14,7
Verbindlichkeiten aus der Annahme von gezogenen Wechseln und der Ausstellung eigener Wechsel		93,8	84,0	+ 9,8
Andere Verbindlichkeiten gegenüber Kreditunternehmungen		155,8	145,4	+ 10,4
Sonstige Verbindlichkeiten		254,6	208,1	+ 46,5
		4 580,8	4 077,3	+503,5
VII. Passive Rechnungsabgrenzungsposten		—	1,7	− 1,7
VIII. Reingewinn	13)	26,3	25,3	+ 1,0
		7 005,9	6 185,7	+820,2
Eventualverbindlichkeiten	14)	11,1	19,8	− 8,7

Kopfzahl der Beschäftigten eingehoben wird.

Abschreibungen auf das Sachanlagevermögen: Zuerst, was sind Abschreibungen? Wie schon oben erwähnt, gehen bei der Produktion Maschinen und Gebäude in dem Maß, wie sie gebraucht werden, in den Wert des Produkts ein. Dieser Teil der Maschinen und Gebäude wird *abgeschrieben*. Wenn z.B. eine Maschine 20 Jahre „hält" kann sie bei einem Kaufwert von 200.000 S jährlich mit 10.000 S abgeschrieben werden, d.h. die jährliche Abnutzung der Maschine beträgt 10.000 S und dieser Betrag überträgt sich auch jährlich auf die Produkte. Der Kapitalist kann sich, wenn er die Produkte verkauft, diesen Betrag auf die Seite legen und nach 20 Jahren wieder eine Maschine zu diesem Wert kaufen.

Die Kapitalisten versuchen aber, die Maschinen schneller abzuschreiben, da sie dadurch steuerliche Vorteile haben. Die Abschreibungen vermindern nämlich den Gewinn und dadurch auch die Gewinnsteuer. Je höher also die Abschreibungen in einem Jahr sind, desto höher die Abzüge von der Gewinnsteuer. Es wird daher, um wieder auf das Beispiel zurückzukommen, versucht werden, nicht 10.000 jährlich, sonder 20.000 abzuschreiben, wodurch die Maschine nach 10

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 1977

Aufwendungen	s. Fußnote	1977	1976	Veränderung
1. Personalaufwendungen				
a) Löhne		718,7	640,1	+ 78,6
b) Gehälter		615,2	537,5	+ 77,7
c) Soziale Abgaben		181,1	156,8	+ 24,3
d) Andere personalabhängige Abgaben und Beiträge		101,7	90,6	+ 11,1
e) Aufwendungen für Abfertigungen und Altersversorgung		130,3	141,0	− 10,7
f) Freiwillige soziale Aufwendungen		15,0	13,9	+ 1,1
2. Abschreibungen auf das Anlagevermögen				
a) Normalabschreibungen		104,7	93,4	+ 11,3
b) Vorzeitige Abschreibungen				
Geschäfts- oder Fabriksgebäude		4,1	3,6	+ 0,5
Maschinen und maschinelle Anlagen		15,0	18,0	− 3,0
Werkzeuge, Betriebs- und Geschäftsausstattung		23,9	42,2	− 18,3
Im Bau befindliche Anlagen		10,2	6,7	+ 3,5
Patente und Lizenzen		0,7	—	+ 0,7
c) Sonderabschreibung gem. § 12 EStG 1972		22,7	—	+ 22,7
3. Aufwandszinsen		126,4	124,0	+ 2,4
4. Steuern und Abgaben				
a) Steuern vom Einkommen, vom Ertrag und vom Vermögen		42,7	40,5	+ 2,2
b) Sonstige Steuern		6,0	8,0	− 2,0
5. Beiträge an gesetzliche Berufsvertretungen		2,9	3,2	− 0,3
6. Außerordentliche Aufwendungen		0,1	—	+ 0,1
7. Zuweisungen an Rücklagen		11,6	15,4	− 3,8
8. Reingewinn		26,3	25,3	+ 1,0
		2 159,3	1 960,2	+199,1

Erträge	s. Fußnote	1977	1976	Veränderung
1. Gewinnvortrag		0,3	1,7	− 1,4
2. Rohüberschuß (nach Organschaftsabrechnung)		1 965,7	1 803,9	+161,8
3. Erträge aus Beteiligungen		0,8	0,3	+ 0,5
4. Ertragszinsen		80,9	83,1	− 2,2
5. Außerordentliche Erträge	15)	111,6	71,2	+ 40,4
		2 159,3	1 960,2	+199,1

Schwierig ist es nun, tatsächlich anzugeben, ein wie großer Teil der Gewinn- und Verlustrechnung als „Abschreibungen" ausgewiesenen Beträge nun „echt" ist und ein wie großer Teil einen Gewinn verbirgt. Wir behelfen uns hier mit einer Untersuchung des Wirtschaftforschungsinstuts aus dem Jahr 1977, in der die Profite der österreichischen Industrie untersucht werden. Dabei wurden Kennzahlen für alle Industriebranchen errechnet (Durchschnitt der Jahre 1955 bis 1974), die den Anteil des in den Abschreibungen versteckten Gewinns am Rohüberschuß angeben (siehe Tabelle). Für die Elektroindustrie beträgt das 5,9 %. Wenn wir in unserem Beispiel 5,9 % von 1965,7 ausrechnen, erhalten wir ca. 116 Mio. *Das ist der Profitanteil.* Den tatsächlichen Aufwand für abgenutzte Maschinen und Gebäude erhalten wir, indem wir die 116 von den laut Gewinn-und Verlustrechnung verwendeten 180,6 Mio (Abschreibungen für Patente und Lizenzen werden später extra behandelt) abgezogen, das ergibt 64,4 Mio. Diesen Betrag ziehen wir vom Rohüberschuß ab.

Anteil des in den Abschreibungen versteckten Gewinns

Bergbau, Magnesit, Erdöl	16,5
Eisenhütten, Metallhütten, Metallbe- und -Verarbeitung	7,4
Steine-Keramik-Glas	15,7
Chemie	10,4
Papiererzeugung u. -verarbeitung	6,2
Holzverarbeitung	12,3
Nährungs- u.Genußmittel, Tabak	9,9
Textil, Bekleidung, Leder	5,7
Maschinen, Fahrzeuge	5,3
Elektro	5,9
Industrie insgesamt	7,5

Die *Abschreibungen auf Konzessionen, Patente usw.* sind in der obigen Art berechnete Aufwendungen der Firma eben für Patente, usw. Sie werden ebenfalls abgezogen, und zwar in der vollen Höhe. Minus 0,7 Mio.

Von den Personalaufwendungen sind uns noch die *Aufwendungen für Abfertigungen und Altersversorgung* übriggeblieben. Diese Position kann aber nur zum Teil als Aufwand, als Lohnbestandteil, akzeptiert werden. Denn ein Teil des Geldes wurde nicht in dieser Periode ausgegeben, sondern es wurden die Rücklagen für Abfertigungen und Pensionen erhöht. Auf der Passivseite der Bilanz finden wir die Vorsorge für Abfertigungen und Pensionen. Wir schauen, wie sie sich gegenüber dem Vorjahr vermehrt hat: um 72,9% gestiegen! Vom Aufwand der Gewinn- und -Verlustrechnung ziehen wir die 72,9 % ab, bleibt 57,4 tatsächlich in dieser Periode für diesen Zweck ausgegebener Aufwand.

Weiter in der Gewinn- und Verlustrechnung. Die Position *Aufwandszinsen* bezeichnet die für die Aufnahme von Fremdkapital in diesem Jahr bezahlten Zinsen. Sie sind ein Teil des von den Arbeitern erzeugten Profits, weder Lohnbestandteil noch Teil der Rohstoffe, etc. Sie werden also nicht vom Rohüberschuß abgezogen.

Steuern und Abgaben sind Profitsteuern, werden aus dem Profit gezahlt, werden daher ebenfalls nicht abgezogen, ebenso wie die *Beiträge an gesetzliche Berufsvertretungen.*

Hinter *„außerordentlichen Aufwendungen"* verbergen sich oft Stützungen für bankrotte Tochterfirmen, Aufkauf von Schulden dieser Firmen, usw. Sie sind auch Profitanteil, bleiben hier unberücksichtigt.

Zuweisungen in Rücklagen erfolgen aus dem Profit, haben die Aufgabe, den ausgewiesenen Profit zu verkleinern. Werden nicht abgezogen.

Der *Reingewinn* ist der ausgewiesene Gewinn der AG für dieses Geschäftsjahr. Vom Rohertrag abzuziehen ist der *Gewinnvortrag*, das ist aus dem Vorjahr übertragener Gewinn, der aber eben nicht in der untersuchten Periode entstanden ist.

Erträge aus Beteiligungen bei anderen Firmen auf der Ertragsseite der Gewinn- und Verlustrechnung nicht enthalten, sind Profit, der aus Beteiligungen der Firma an anderen Firmen stammt und ist zum Rohüberschuß dazuzuzählen.

Ertragszinsen stammen aus Geldern, die die Firma bei Banken angelegt hat, sie sind zu addieren, da sich der Profit darum vergrößert.

Außerordentliche Erträge müssen genau untersucht werden, bevor man sie addiert oder subtrahiert. In unserem Falle bestehen sie vorwiegend aus Auflösungen von Rückstellungen (Rückstellungen sind Reserven, die die Kapitalisten für ungewisse Aufwendungen in der Zukunft anlegen), aus Veräußerungen von Anlagen und der Auflösung von Wertberichtigungen (Wertberichtigungen werden auf Forderungen gemacht, wenn man erwartet, das nicht alles geborgte Geld hereinkommt, sondern der Schuldner einiges offenläßt. Dann werden Reserven angelegt. Wenn sich herausstellt, daß die Befürchtung unbegründet war, werden sie wieder aufgelöst). Diese oben angeführten Erträge im Wert von 111,6 Mio sind alle nicht Profitzuwächse des Unternehmens in diesem Jahr, sie waren vorher schon im Unternehmen, aber an anderer Stelle ausgewiesen. Sie müssen daher von den bis jetzt berechneten Ergebnissen abgezogen werden.

Jetzt sind wir alle Positionen durch. Als Endergebnis ergibt sich ein **Profit von S 394,7 Mio für das Jahr 1977.**

Bei der Methode 1 blieb also der Profit im wesentlichen ein Restbetrag aus dem Rohüberschuß, von dem wir das variable und konstante Kapital abgezogen haben (dazu kamen Erträge, die nicht aus dem „Inneren" der Firma stammen, sondern aus der Ausbeutung fremder Arbeiter).

Bei der nun folgenden Methode 2 gehen wir anders vor: Wir gehen aus vom Reingewinn und addieren dazu alle in den einzelnen Positionen enthaltenen Profite.

Methode 2 zur Berechnung des Profits

Wir gehen also aus vom 1977 ausgewiesenen *Reingewinn* (und zwar *ohne Gewinnvortrag* aus dem Jahr 1976), das sind 25,9 Mio.

Dann gehen wir wieder die Positionen durch.

Wie schon oben festgestellt, werden die in den Personalaufwendungen stehenden *persolnalabhängigen Abgaben* und *Beiträge* aus dem Profit bezahlt und müssen gemeinsam mit den weiter unten stehenden *Steuern und Abgaben* zum Gewinn geschlagen werden, also + 150,4 Mio.

In den *Aufwendungen für Altersversorgung und Abfertigung* stecken Profitteile. In der Methode I haben wir bereits den tatsächlichen Aufwand berechnet. Die Vermehrung Der *Rücklagen für Abfertigung und Altersversorsung* betrug 72,9 Mio. Diese zählen zum Gewinn dazu.

Die Anteile des Gewinns an den *Abschreibungen* berechneten wir in der Methode I 116 Mio, welche zum Gewinn addiert werden.

Auch die *Aufwandszinsen* sind ein Teil des Profits, sie werden von den Industriekapitalisten ans Bankkapital bezahlt, entstammen aber aus der Produktion, also + 126,4.

Beiträge an gesetzliche Berufsvertretungen (der Kapitalisten; Bundeskammer der Gewerblichen Wirtschaft) sind ebenso wie *außerordentlcihe Aufwendungen* aus dem Profit bezahlt, daher + 3,0 Mio.

Zuweisungen an Rücklagen machen die Kapitalisten, um den ausgewiesenen Gewinn zu vermindern, sie sind Profitteile, daher + 11,6 Mio.

Zu vermindern ist der bisher errechnete Profit um die Position *außerordentliche Erträge*, und zwar aus den schon oben erwähnten Gründen, - 111,6.

Das Ergebnis: 1977 Profite von 394,6 Mio S. Das Ergebnis der zweiten Methode stimmt mit dem der ersten überein.

Noch einmal zur Genauigkeit solcher Profitermittlungsmethoden. Obwohl wir genau gerechnet haben, sind das doch *Schätzungen*, die das ungefähre Niveau des Profits angeben, nicht jedoch die genaue absolute Höhe. Dazu sind die Unterlagen zu ungenau (in der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung steht nicht dass, was ist, sondern was der Kapitalist will, das drinnen steht) und zweitens sind einige Positionen nicht exakt zu errechnen. So bei den Löhnen, wo auch die Gehälter der Direktoren, usw. enthalten sind oder bei den Abschreibungen, die wir mit einer Schätzung ermitteln. Auf jeden Fall muß bei einem Vergleich über mehrere Jahre die *Tendenz* des Profits stimmen. Steigt er, fällt er, usw. Man bekommt immerhin einen gewissen Blick für die Entwicklung und ungefähre Höhe der Profite.

Der Steyr-Daimler-Puch-Konzern

„Puch rüstet sich gegen die japanische Offensive“, „Steyr baut nun auf Niedriglohnländer“, „Puch ist nun Marktleader in den Vereinigten Staaten“ so lauten die verschiedenen Schlagzeilen auf den Wirtschaftsseiten der österreichischen Bourgeoispresse. Kaum ein Staatsbesuch, bei dem nicht ein Vertreter der Puch-Kapitalisten mit von der Partie ist oder wo nicht zumindest ein größerer Auftrag für den Konzern abgeschlossen wird.

Tag für Tag setzen an die 17.000 Arbeiter und Angestellte (davon fast die Hälfte aller in der österreichischen Fahrzeugindustrie Beschäftigten) Produktionsmittel im Wert von Milliarden Schilling in Gang und produzieren täglich Werte von zig Millionen, die sich wieder in Kapital verwandeln, in Waffen gegen die Arbeiter, Mittel fortgesetzter und verstärkter Ausbeutung, und die die Unsicherheit der Existenz zementieren.

In guter Erinnerung sind noch die großen Entlassungen 1975 in Graz.

Für die Kapitalisten gab es damals schon keine Einbußen. Ihre Geschäfte entwickelten sich weiter gut, weil es ihnen gelang, die Ausbeutung enorm zu steigern, aufgrund der spezifischen Produkte des Konzerns, kurzfristigen Wettbewerbsvorteilen gegenüber Konkurrenten und durch den Aufbau eines eigenen Vertriebsnetzes.

Im Frühjahr 1977 verkündeten sie „eine sichere Zukunft für Puch“ („Neue Zeit“, 12.3.1977), als mit Bundeskanzler und Pfaffen der Grundstein für eine neue Halle gelegt wurde, in der (zusammen mit Mercedes) ein neuer Geländewagen („H 2“) produziert werden soll. Die bürgerliche Presse überschlug sich mit Meldungen, wieviel Arbeitsplätze wieder „gesichert“ würden.

An die 1000, hieß es zuerst; später 500.

Tatsache ist, daß später wieder von einem „Aufnahmestop“ gesprochen wurde. Wenn er auch nicht ganz streng gehandhabt wird, zeichnet sich doch ab, daß ein großer Teil der Arbeiter von anderen Abteilungen abgezogen werden wird. Wegen eines geplatzten Syrien-Auftrages wurde dann die „Pinzgauer“-Produktion eingeschränkt (von 12 auf 4 Stück pro Tag), und in derselben Halle mit der Herstellung von Teilen für den „H 2“ begonnen. (Die neue Halle soll erst im Winter fertig werden.) Den Kapitalisten kann es nicht schnell genug gehen. Die Angestelltenkollegen, die am Gelände-PKW arbeiten, wurden verstärkt unter Druck gesetzt, bekamen Überstunden verordnet und konstruieren praktisch im Akkord. Ebenso machen die Kollegen, die im Werkzeugbau und in der mechanischen Abteilung mit der Herstellung von H 2-Teilen beschäftigt sind, bis zu 40 Überstunden pro Monat. Samstags- und auch Sonntagsarbeit ist keine Seltenheit.

Auf der anderen Seite stagnierte im Herbst 1977 auch die Moped-Produktion. In der Gießerei wurde kurzgearbeitet. Dafür mußten die Werkzeugmacher Überstunden machen. Die „schwierige Beschäftigungslage“ wurde als Druckmittel eingesetzt und es gab neuerliche Akkordverschärfungen.

Expansion durch verstärkte Ausbeutung

Seit 1973 hat der Konzern alljährlich seinen Umsatz gesteigert.

Tabelle 1: Entwicklung des Umsatzes und des Exportanteils

Jahr	Umsatz in Mrd. S	Exportanteil in %
1971	5,793	34
1972	6,284	35
1973	6,209	47
1974	7,304	50
1975	7,886	52
1976	9,945	54
1977	10,541	57

Vor allem im Jahr 1976 gelang den Kapitalisten ein größerer Sprung nach vorne: der Umsatz wurde um 26% auf fast 10 Milliarden gesteigert. Der Inlandsmarkt ist den Kapitalisten schon lang zu eng und verengte sich in der Krise sprunghaft. 1975 ging der Mopedumsatz durch die steigende Jugendarbeitslosigkeit zurück. In der gesamten Fahrzeugindustrie liegt der gegenwärtige Stand an Inlandsaufträgen gegenwärtig um 22,1% unter dem Vorjahresbestand. Der Stand an Auslandsaufträgen hat sich um 15,2% erhöht. („Presse“, 31.3.)

„Offensive auf den Weltmärkten“, ist die Devise der Kapitalisten. Wie man an der Tabelle sieht, steigt der Exportanteil ständig an. Im Vorjahr gingen 87% der Mopeds ins Ausland. Dabei spiegeln diese Zahlen die tatsächliche Entwicklung nur teilweise wieder, da zum Teil die Produktion überhaupt ins Ausland verlegt wird. Ähnlich war die Situation bei den Fahrrädern.

„Es ist ein gnadenloser Verdrängungskampf“, so der Thondorfer Werksdirektor Zeichen. *....auf dem Rücken der Arbeiter*, muß hinzugefügt werden.

Das beständige Auf und Ab der Geschäfte der Kapitalisten und die Konkurrenz mit anderen imperialistischen Monopolen führt dazu, daß die Auslastung der Produktion in verschiedenen Abteilungen ständig schwankt und daß der Konzern versucht, die Produktion auf neue, auf jeden Fall profitbringende, Zweige und auf andere Produktionsmethoden zu verlagern.



Die Fahrradproduktion - trotz sinkender Stückzahlen noch ein Eckpfeiler des Konzerns: im Bild das Montageband

Der technische Fortschritt, der von den Arbeitern getragen wird, kommt nicht ihnen zugute, sondern ist nur Mittel im Konkurrenzkampf. Der Marktanteil in den USA von etwas über 30 % bei Mopeds in den letzten Jahren konnte Puch, so Direktor Zeichen, *„bisher nur halten, weil wir jedes Jahr mit einer technischen Verbesserung kamen.“* („Neue Zeit“, 7.5.78)

Aber noch im Herbst war zeitweilig die Mopedproduktion schlecht ausgelastet. Der Absatz und damit die Produktion des „Pinzgauers“ läuft nicht so recht. Sie wurde von vorher 12 auf 4 Stück gesenkt.

Für die Kollegen gab es im Herbst eine Reihe von Versetzungen mit oft erheblichen Lohnverlusten. Für einen Kollegen, der vom „Pinzgauer“ in den Versand versetzt wurde, fiel der Bruttostundenlohn von 67,- auf 47,- Schilling.

Während in machen Abteilungen Arbeitsmangel war, die Kollegen, die im Akkord arbeiten, auch aus diesem Grund Lohnverluste hinnehmen mußten, ihnen in manchen Fällen nahegelegt wurde, doch jetzt ihre Arztbesuche und Behördenwege zu machen, wurde in anderen Abteilungen aufs Tempo gedrückt und wurden Neustoppungen vorgenommen.

Profite aus den Kriegsvorbereitungen

Schon von Anbeginn waren Rüstungsgüter ein wichtiger Produktionszweig des Konzerns. Steyr-Daimler-Puch ist aus der österreichischen Waffenfabriksgesellschaft hervorgegangen, die später in die Steyr-Werke AG umgewandelt, 1934 mit der Austro-Daimler AG und den Puchwerken in Graz verschmolzen wurde.

76 wurden die Aktivitäten im Sektor „Waffen und Kettenfahrzeuge“ bedeutend verstärkt. Für 1978 erwartet die Konzernleitung gerade in diesem Bereich starke Zuwächse.(„Kleine Zeitung“, 15.2.78) Neben dem „Kürassier“ wurde eine „neue Generation von Schützenpanzern“ entwickelt. Seit längerer Zeit ist die Rede davon, daß ein österreichisches Kampfpanzermodell - wahrscheinlich in Zusammenarbeit mit einem anderen Rüstungskonzern - herausgebracht werden soll. Darüber soll in diesem Jahr entschieden werden. Im vergangenen Herbst war eine Zusammenarbeit mit dem britischen Konzern „Vickers“ im Gespräch, dessen Modell „Mark III“ die Puch-Kapitalisten gerne in Griechenland herstellen möchten.

Im Rechenschaftsbericht des ZK an die 1. ordentliche Delegiertenkonferenz des KB heißt es: *„Wie alle Länder der zweiten Welt, versucht auch der österreichische Imperialismus, sich dem Hegemonismus der Supermächte zu entziehen, seinen Spielraum zu erweitern, eine größere Rolle in der internationalen Politik zu spielen und eine gewisse Selbständigkeit in seinen imperialistischen Bestrebungen zu entwickeln. Dazu nutzt er die formelle Neutralität des Landes. Dazu entwickelt er auch eine intensive diplomatische Aktivität“* (Dokumente der 1. ordentlichen NationalenDelegiertenkonferenz des Kommunistischen Bundes Österreichs.)

Diese „Neutralität“ wird auch von den Puch-Kapitalisten genutzt, um sich als internationale Waffenhändler zu betätigen. Die Puch-Kapitalisten durchbrechen systematisch den UNO-Boykott gegen Südafrika und Rhodesien. Deshalb werden die Waffen- und Kriegsgerätlieferungen dorthin in den Konzern-und Presseberichten mit keinem Wort erwähnt. Allerdings ist bekannt, daß das Militär des südafrikanischen Kolonialregimes mit Steyr-Mannlicher-Gewehren und Militär-Pinzgauern ausgerüstet ist. Über Rhodesien schreibt „Profil“ im November 1977: *„Bei Polizei und Militär - überall in Rhodesien sieht man Steyr-Mannlicher-Scharfschützengewehre“!*



Expansion des Konzerns: Steyr-Puch in Nigeria

„Österreich ist ein imperialistisches Land und steht in der Reihe der Unterdrückernationen. Die österreichische Bourgeoisie steht im Kampf um Absatzmärkte, Rohstoffquellen und Kapitalanlagesphären in imperialistischer Konkurrenz zu den Bourgeoisien der anderen Länder. Zugleich ist sie gezwungen, sich in diesem Kampf an die Seite größerer imperialistischer Bourgeoisien zu stellen:“ (Programm des KB)

Die Geschäfte des Steyr-Daimler-Puch-Konzerns mit den Kriegsvorbereitungen sind dafür das beste Beispiel:

Das neue Sturmgewehr StG 77, dessen Produktion im Herbst 1977 anglaufen ist, ist von A bis Z ein NATO-Gewehr. Steyr hat sich die Lizenz dafür vom belgischen NATO-Hauptlieferanten „FN“ gekauft und einen längerfristigen Vertrag für Lieferungen des StG 77 an „FN“ geschlossen. Aus Angst, ihr wahres Wesen zu enthüllen, geben die Imperialisten auch dafür keine Zahlen bekannt. Es genügt aber bereits, die Druckgußabteilung im Grazer Puchwerk zu besichtigen, wo täglich hunderte Leichtmetallbestandteile für das StG 77 hergestellt werden. Im heurigen Frühjahr wurde auch dafür eine neue riesige Druckgußanlage angeschafft, da auf den alten Maschinen nicht mit der notwendigen Präzision gearbeitet und die geplanten Stückzahlen nicht erreicht werden konnten.

Unsere besondere Aufmerksamkeit verdient auch die „Zusammenarbeit“ mit der sozialimperialistischen Sowjetunion, dem Hauptkriegstreiber Nummer 1.

„Der Ministerpräsident der UdSSR, Kossygin, habe Kreisky bei seinem Moskaubesuch gefragt, ob Österreich überschwere Lastkraftwagen bauen könnte. Die begleitenden Experten hätten dies bejaht, und eine sowjetische Delegation unter der Leitung des Ministers für Automobilproduktion habe in Österreich Firmenkontakte (mit dem Steyr-Daimler-Puch-Konzern, Anm. d. Verf.) aufgenommen.“ („Presse“, 19.4.78)

Für diese Schwerst-LKW würden Dieselmotoren erforderlich sein, wie sie heute nur für Lokomotiven verwendet werden, fügt die „Presse“ hinzu.

Daß solche LKW militärischen, oder wenigstens Nachschub-Zwecken dienen werden, ist hier ebenso einigermaßen gewiß, wie bei den Schwer-LKW, die nach Polen geliefert werden und dort in die Fänge des Sozialimperialismus geraten. Laut „Bilanzbericht 1977“ sind diese LKW nach einem Modulsystem so gebaut, daß „Spezialaufbauten durch andere Firmen möglich sind“. Nach dem Polenvertrag liefert Steyr schwere LKW

nach Polen, die „Spezialaufbauten" werden in Polen oder anderswo „selbst besorgt"......

„*Gestützt auf die Ausbeutung des Proletariats im Inneren unterwerfen sich die imperialistischen Staaten die ökonomisch wenig entwickelten Nationen und dehnen die Ausbeutung und Ausplünderung auf sie aus.*" (Programm des KB, Seite 16)

Den Profit, den die Puch-Kapitalisten aus der Ausbeutung der österreichischen Arbeiter ziehen, investieren sie zu einem großen Teil im Ausland.

Wichtige Beteiligungsgesellschaften im Ausland

Produktionsgesellschaften	**Anteil in %**	**Umsatz in Mio S**
Avello S.A. Gijon, Spanien	63	252
Steyr-Daimler-Puch-Hellas Industrie A.G., Griechenland	66,67	353
The Antifriction Bearings Corporation Ltd., Indien	16,51	
Steyr-Nigeria Ltd.	40	
b)Vertriebsgesellschaften		
Deutsche Steyr-Daimler-Puch Ges.m.b.H.	100	310
Steyr-Daimler Puch (Schweiz) AG	100	345
Svenska Steyr-Puch AG	100	
Steyr-Daimler-Puch of America Inc.	100	281
Steyr-Daimler-Puch (GB) Ltd.	100	
Steyr-Daimler-Puch France	100	
Nuova C.I.E.S.p.A., Mailand	50	
Tecno S.A., Costa Rica	32,05	
Nigerian Technical Company Ltd.	8,17	
Transmondial S.A. Levallois-Perret, Frankreich		

Darüberhinaus existiert in Indonesien ein LKW-Assemblingwerk; derzeit gibt es Verhandlungen darüber, das Werk in eine gemischte Gesellschaft umzuwandeln („Presse" vom 12.12.77).
Gemeinsam mit der Murray Ohio Manufacturing Company (Nashville, Tennesse, USA) und Sears, einer der größten US-Handelsketten, wird Steyr-Daimler-Puch ein Assemblingwerk für Mofas für den US-Markt errichten.

Auf der Jagd nach Höchstprofiten bevorzugen die Kapitalisten beim Kapitalexport die sogenannten „Niedrigpreisländer", in denen die Arbeiter zu besonders schlechten Bedingungen schuften müssen, bzw. auch oft besonders unterdrückt werden. Solche Länder sind zum Beispiel: Griechenland, Spanien, Polen, Indonesien.

Um dem Streben nach Unabhängigkeit vor allem verschiedener Länder der Dritten Welt entgegenzuwirken, werden dort sogenannte „Assemblingwerke" aufgebaut: Dort werden hauptsächlich die Karosserieteile hergestellt, während die technisch anspruchsvolleren Teile -- schließlich und endlich das, worauf es ankommt, wie das Herz eines jeden Fahrzeugs, der Motor, in Österreich produziert werden. In dem Werbespruch „*. . . und Steyr liefert die Motoren!*" haben die Konzernherren diese Schaffung von imperialistischer Abhängigkeit kurz zusammengefaßt.

Hauptaktionär — die verstaatlichte CA

Steyr-Daimler-Puch ist der „größte nichtverstaatlichte Betrieb Österreichs", heißt es vielerorts. Tatsächlich aber ist der Hauptaktionär (51%) die verstaatlichte *Creditanstalt-Bankverein*. Das österreichische Finanzkapital ist weiters mit der *Breisach-Schöller-Bank*, der *Schöller & Co* und der *Girozentrale* am Steyr-Daimler-Puch-Konzern beteiligt. Darüber hinaus tritt das westdeutsche Finanzkapital unter verschiedenen Namen als Konzerneigentümer auf: *Deutsche Bank AG, Berliner Diskonto-Bank, Dresdner-Bank, Commerzbank, Bayrische Vereinsbank*. Wie man weiß, kontrolliert jede dieser Banken eine Reihe von Industriezweigen. Allein die CA kontrolliert neben dem Steyr-Daimler-Puch-Konzern den Semperit-Konzern (Umsatz 5 Mia. öS), die Leykam-Josefsthal AG (3,2 Mia. öS Umsatz) und viele andere.

Über die Beteiligungen, die Steyr-Puch seinerseits hat, kontrolliert die CA wiederum eine ganze Reihe von „Tochterunternehmungen".

„*Aber das ‚Beteiligungssystem' dient nicht nur dazu, die Macht der Monopolisten riesenhaft zu vermehren, es ermöglicht außerdem, jede Art von dunklen Geschäften straflos zu betreiben, und das Publikum zu schröpfen, denn formell, nach dem Gesetz, sind die Leiter der ‚Muttergesellschaft' für die ‚Tochtergesellschaft' nicht verantwortlich, die als ‚selbständig' gilt und vermittels derer sich alles ‚drehen' läßt.*"
(Lenin, „Imperialismus", S.57)

Die Auswirkungen des Kampfes um die internationale Konkurrenzfähigkeit auf die Belegschaft

In den letzten Jahren ist der Umsatz pro Beschäftigtem fast ständig angestiegen. Zugleich wurde eine große Zahl von Kollegen „abgebaut", offen durch Entlassungen oder still und leise durch Aufnahmestopp: Von 1975 auf 1976 fast 1.000, 1975 und 1976 zusammengenommen 1.937.

Von 1976 auf 1977 ist die Zahl der Arbeiter und Angestellten wieder leicht angestiegen.

Der „Abbau" der Kollegen begann mit der schlagartigen Kündigung von 300 Arbeitern im Frühjahr 75. Nur kurze Zeit vorher war bekannt geworden, daß die Juniorwerke in Köflach (Fahrräder) zusperren. Den meisten Kollegen saß die Angst, selbst gefeuert zu werden, im Nacken. Das, sowie die Tatsache, daß die Betriebsräte nichts Wesentliches unternahmen, um die Kollegen im Kampf gegen die Entlassungswelle zusammenzuschließen, die KP-Betriebsräte rührten sich erst, als ein paar „ihrer" Leute den blauen Brief bekommen hatten. Die KP-Betriebsratsfraktion stellte ihre bis dahin regelmäßig erscheinende Betriebszeitung ein.), erleichterte es der Betriebsleitung, ein breit angelegtes Rationalisierungsprogramm durchzuziehen.

Dabei handelte es sich in der Hauptsache um „billige Rationalisierungen". 1976 wurden „nur" 422 Mio S investiert, die geringste Summe seit 1971.

Steigerung der Ausbeutung durch Veränderung der Arbeitsorganisation — das war der Schwerpunkt. Die Produktionsanlagen wurden kaum ausgedehnt.

In Graz-Thondorf zum Beispiel wurde der ganze Betrieb „umstrukturiert", nicht, weil das Werk dadurch schöner geworden wäre oder die Arbeit leichter. Der ganze Produktionsgang und Materialfluß wurde neu geordnet, und die äußeren Bedingungen geschaffen, um aus den Arbeitern und Arbeiterinnen noch mehr herauszuholen, als bisher: Von 1975 auf 1976 wurde der Umsatz pro Beschäftigtem im Konzern um 33,2% gesteigert. Um so viel, wie in den vorhergehenden vier Jahren zusammen.

Zugleich ist es den Kapitalisten gelungen, den Lohn rapid zu senken — vor allem seit 1975. Auf der graphischen Darstellung wurde bei der unteren Kurve die Offizielle Inflationsrate abgezogen. Nicht berücksichtigt sind die Steuerprogression sowie höhere Reproduktionskosten durch die gestiegene Arbeitshetze (Tabelle siehe nächste Seite).

Auffallend ist weiters, daß der Aufwand pro Beschäftigten 1976 nur um 6,2% (!) gestiegen ist — bei einer Teuerungsrate um die

Wichtige Beteiligungsgesellschaften im Inland

		Umsatz in Mio. S
Kromag Aktiengesellschaft für Werkzeug- u. Metallindustrie	100%	146
Enzesfeld-Caro Metallwerke AG	60%	291
Geländefahrzeug Ges.m.b.H.	50%*	
Auto-Rühl, Autohandels- und Reparaturgesellschaft m.b.H.	100%	292
Steyr-Auto-Süd, Kraftfahrzeug-Service u. Vertriebs Ges.m.b.H.	100%	264
Steyr-Auto-West, Kraftfahrzeug-Service u. Vertriebs Ges.m.b.H.	100%	308
Steyr-Fiat-Auto-Service Ges.m.b.H.	50%	356
Steyr-Daimler-Puch Industrie Commerz Ges.m.b.H.	90%**	
Steyr-Daimler-Puch Leasing Ges.m.b.H.	95%	
Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft „Steyr-Daimler-Puch" Ges.m.b.H.	100%	

* 50% im Besitz von Mercedes
** 10% im Besitz von Kromag A.G.

10% und einem KV-Abschluß 1976 von 7,5%.

Ein Großteil der Kolleginnen und Kollegen bei Puch arbeitet im Akkord. Die Akkordarbeit bei Puch ist berüchtigt. Ist sie ein beständiges Mittel, die Arbeiter anzutreiben, und zugleich den Lohn zu senken, so wurden speziell die Entlassungswelle 1975 und die Umstrukturierung der Produktion 1975/76 genutzt, um die Stückzahlen hinaufzuschrauben.

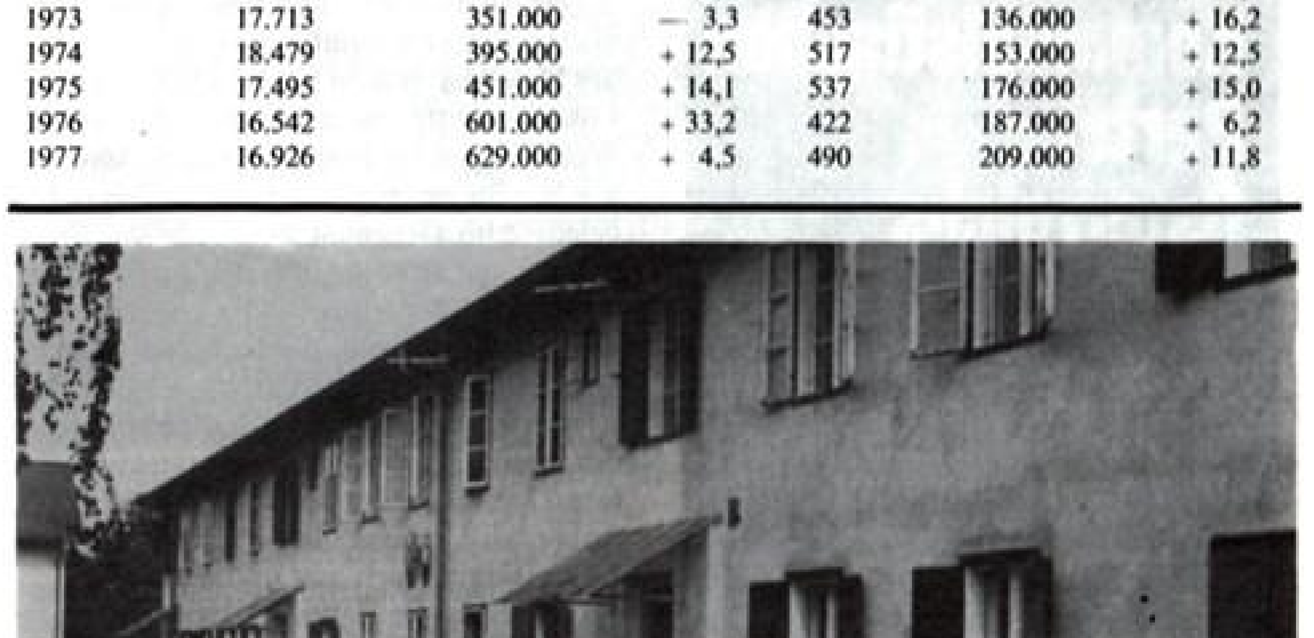
Die Folgen spürte jeder Kollege am eigenen Leib. Sie schlagen sich aber auch zum Teil in den Statistiken nieder: In den Werken Graz wurden in der betriebsärztlichen Ordination 1976 38.351 ambulatorische Behandlungen, darunter 6.666 Unfallhilfefälle (oder rund 27 pro Arbeitstag) verzeichnet.

In den Werken Steyr liegen die Krankenstände um rund 80% über dem Durchschnitt der Region Steyr. Die Zahl der Krankmeldungen unter den oberösterreichischen Industriebetrieben ist bei Steyr am höchsten. Höher als zum Beispiel der VÖESt oder der Chemie Linz. (Sozialbericht 1976, Herausgegeben von der Pressestelle der Steyr-Daimler-Puch AG).

Zusammenfassend kann man aus dem Rechenschaftsbericht des ZK an die 1. ordentliche Delegiertenkonferenz zitieren:

„*Der Feldzug der österreichischen Bourgeoisie zur Steigerung der Ausbeutung der österreichischen Arbeiterklasse mit seinen flankierenden politischen Maßnahmen ist die notwendige Basis der Expansion nach außen, des Kampfes um die Anteile an der Ausbeutung und Ausplünderung der Arbeiterklasse und der Volksmassen anderer Länder. Um diese Anteile tobt ein heftiger internationaler Wirtschaftskrieg der westlichen und östlichen Imperialisten, vor allem zwischen den erstarkten imperialistischen Staaten Europas und Japans einerseits, der US-Supermacht andererseits, angeheizt durch die internationale Überproduktionskrise, die zusammenfällt mit einer raschen Vertiefung der politischen Krise des Imperialismus. Die österreichischen Imperialisten nehmen an diesem Wirtschaftskrieg zwangsläufig teil. In diesem internationalen Wirtschaftskrieg zu bestehen auf der Grundlage schrankenloser Steigerung der Ausbeutung im Inneren, ist für sie der erhoffte Ausweg aus der Überproduktionskrise.*" (Seite 42 f.)

Jahr	Beschäftigte im Jahresdurchschnitt	Umsatz pro Beschäftigtem	Veränderung in % gegenüber Vorjahr	Investitionen in Mio. S	Personalaufwand pro Beschäftigtem	Veränderung in % gegenüber Vorjahr
1971	17.279	335.000		403	107.000	
1972	17.317	363.000	+ 8,4	511	117.000	+ 9,3
1973	17.713	351.000	— 3,3	453	136.000	+ 16,2
1974	18.479	395.000	+ 12,5	517	153.000	+ 12,5
1975	17.495	451.000	+ 14,1	537	176.000	+ 15,0
1976	16.542	601.000	+ 33,2	422	187.000	+ 6,2
1977	16.926	629.000	+ 4,5	490	209.000	+ 11,8



Die Bedingungen für die Expansion des Konzerns werden „daheim" geschaffen: Werks„wohnungen" in Graz



In dieser Halle werden Teile des Geländewagens H II (in Kooperation mit Daimler-Benz) hergestellt.

Die „Geschichte der Kommunistischen Partei Österreichs" - eine revisionistische Entstellung

Die „Geschichte der Kommunistischen Partei Österreichs - 1918-1955. Kurzer Abriß" ist im Globus-Verlag (Wien) erschienen. Sie wurde von einem „Autorenkollektiv der Historischen Kommission beim ZK der KPÖ unter Leitung von Friedl Fürnberg" verfaßt. Die Autoren sind: Friedl Fürnberg, Hans Haufmann, Winfried R. Garscha, Erwin Zucker-Schilling, Max Stern und Albert Hirsch. Das Vorwort stammt von Franz Muhri.



Rein *äußerlich* fällt einem sofort einiges an diesem Buch auf. Erstens, daß die Parteigeschichte nur bis 1955 reicht. Zweitens, daß fast fünf Sechstel des Buches der Zeit bis 1945 gewidmet sind, aber nur etwas mehr als ein Sechstel der Zeit nach 1945, und daß das Buch umso oberflächlicher wird, je näher es der Gegenwart kommt. Bleiben wir gleich bei dieser zweiten Eigentümlichkeit.

Der letzte Abschnitt 1945 — 55 ähnelt in seiner ganzen Art schon mehr einem oberflächlichen Zeitungsfeuilleton, als einer halbwegs seriösen, geschweige denn marxistischen historischem Werk. Spätestens bei diesem Abschnitt drängt sich jedem Leser, der über die Geschichte der *revolutionären* Bewegung und der *Revolution* in Österreich informiert werden wollte, der Schluß auf, daß der Schreiber dieses Abschnitts — F. Fürnberg — an *dieser* Geschichte ziemlich desinteressiert gewesen sein mußte und überdies offenbar mehr zu verbergen als ans Licht zu bringen hatte.

Während für die Zeit nach dem Ende des Ersten Weltkriegs immerhin die Frage gestellt und beantwortet wird, ob und wie lange eine revolutionäre Situation war oder nicht, was die strategische Orientierung der KPÖ war, was an der Politik der Partei richtig und was falsch war — wird man Entsprechendes für die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg vergeblich suchen. Die Frage der Revolution, die die KPÖ damals — z.B. in ihrem Programm von 1946 — zumindest im Prinzip, wenn auch nicht in ihrer praktischen Orientierung und Politik gestellt hat, wird in der Parteigeschichte nicht gestellt. Derselbe Fürnberg hatte nach 1957 und 1958 — aus welchen Gründen und mit welchen Zwecken auch immer — betont, wie tief die Krise des Systems 1945 war; jetzt, in der neuen Parteigeschichte, hat man weder zwischen den Zeilen diesen Eindruck, noch kommt diese Frage ausdrücklich irgendwie vor; die KPÖ nach 1945 wird dargestellt bloß als mehr oder weniger konsequent demokratische und antiimperialistische, aber überhaupt nicht als revolutionäre Partei; es wird ihr ein angemessener Platz im Reigen der „drei demokratischen Parteien" (SPÖ, ÖVP, KPÖ) zugewiesen; statt an den Aufgaben der Revolution, wird sie bloß an der konterrevolutionären Politik der SPÖ und ÖVP gemessen. Bis zu einem gewissen Grad widerspiegeln sich in dieser Darstellung wirkliche Fehler der KPÖ damals. In der Hauptsache muß man hierin aber die Projektion der heutigen bürgerlichen Ziele und Zwecke der KPÖ in die Vergangenheit erblicken. Daß daher sogar die — ohnehin völlig unzureichende — Selbstkritik des 14. Parteitags an der Politik von 1945/46 völlig „vergessen" wird, versteht sich von selbst. Kurzum: Die KPÖ von 1945 wird dargestellt als das, was die KPÖ heute ist: als bürgerliche Reformpartei, die sich ausschließlich im Rahmen des kapitalistischen Staates orientiert.

Das nächste, was den einigermaßen informierten Leser verblüfft, ist die Darstellung des Massenstreiks im Herbst 1950. Die KPÖ-Führung hatte damals vollständig versagt. Weder hat sie die Tragweite und Sprengkraft des Streiks gesehen, noch hat sie ihn richtig geleitet. Im Gegenteil wuchs ihr der Streik von Anfang an völlig über den Kopf. Eine — wenn auch hier wieder völlig unzureichende — Selbstkritik übte diesbezüglich der 15. Parteitag. In der neuen Parteigeschichte wird nur ein Fehler erwähnt: „Die Unterbrechung des Streiks durch eine Betriebsrätekonferenz (am 27. September) war . . ein Fehler." Vertuscht wird erstens, daß die KPÖ-Führung die treibende Kraft war und nicht irgendwelche Betriebsräte, wobei übrigens Fürnberg der Hauptbetreiber der Sache im Politbüro war, und daß zweitens diese „Unterbrechung" dadurch zustandekam, daß die Steiermark am 27. streikte, *obwohl* das Politbüro der KPÖ auf Betreiben Fürnbergs tags zuvor den *Abbruch* des Streiks beschlossen hatte. Der Streik wurde von der Bourgeoisie mit Hilfe der Sozialdemokratie niedergeschlagen, aber er konnte nur wegen der katastrophalen Fehler der KPÖ relativ leicht niedergeschlagen werden. Auch das wird in der Parteigeschichte vertuscht.



Ausrufung der Republik am 12.November 1918



Parteikonferenz der KPÖ 1931. Es spricht Johann Koplenig.



Versammlung der KPÖ in Wien 1931. Der Redner ist R. Schüller.

Aber lassen wir die Einzelfragen: Welchen Gesamteindruck vermittelt das Buch? Es vermittelt den Eindruck, daß die KPÖ eine „nationalgesinnte" „österreichische" Partei ist. Das ist der offenkundige Zweck des ganzen Buches. Das ist auch einer der Gründe, warum es mit 1955 endet. Der Staatsvertrag ist für solche Zwecke ein guter Ausklang. Jedem Beobachter der KPÖ fällt schon die ganze Zeit hindurch auf, daß sich die KPÖ in letzter Zeit immer massiver in diesem Sinn profilieren will. Der Grund dafür besteht darin: Je stärker sich die Expansions- und Aggressionspolitik des russischen Sozialimperialismus entwickelt und je mehr er die nationale Unabhängigkeit der Länder Westeuropas bedroht und unterminiert, je mehr dementsprechend auch die KPÖ praktisch zur Unterminierung und Einschränkung der Unabhängigkeit tut, desto mehr muß sie das vertuschen und desto eifriger möchte sie sich als das Gegenteil davon darstellen, was sie ist. Die revolutionäre Vergangenheit der KPÖ wird so für ihre reaktionären Zwecke heute mißbraucht. Muhri sagt das im Vorwort zur Parteigeschichte so: „Wer immer heute . . . die Rolle der Kommunisten und ihrer Partei (im Kampf für die nationale Unabhängigkeit während der Hitlerzeit, Red.) . . . zu unterschlagen versucht, ja sie als ‚nicht österreichisch' diffamieren möchte, der macht sich nicht nur einer infamen Geschichtsfälschung schuldig, sondern verdunkelt und irritiert damit den Blick auf die politische Gegenwart und die Zukunft unseres Landes." (S. XI) Im Gegenteil: Es sind nur zwei Seiten derselben Aufgabe, die revolutionäre Vergangenheit und die konterrevolutionäre Gegenwart der KPÖ aufzuzeigen, oder — im Hinblick auf den Kampf um die nationale Unabhängigkeit — ihre „österreichische" Vergangenheit, aber die „russische" Gegenwart.

Interessant in der Parteigeschichte ist auch die Behandlung der nationalen Frage. Man bekommt, wenn man die Darstellung der Burgenlandfrage 1920/21 (S. 52), der Südtirolfrage 1945 (S. 283) und der Slowenenfrage nach 1945 (S. 285) liest, den Eindruck, daß der einzige Gesichtspunkt, unter dem die KPÖ diese Fragen zumindest heute sieht, der ist, möglichst große, darunter von nationalen Minderheiten bewohnte Territorien für die österreichische Bourgeoisrepublik zu sichern. Tatsächlich nimmt die heutige KPÖ gegenüber den nationalen Minderheiten einen chauvinistischen Standpunkt ein, hat sie dies auch nach 1945 getan, hat sie einen solchen Standpunkt aber vor 60 Jahren z.B. gegenüber dem Kärntner Abwehrkampf nicht eingenommen. In dieser Frage hat die KPÖ heute den Standpunkt der KPÖ von damals völlig revidiert. Wie wird dieses Problem in der Parteigeschichte gelöst? Ganz einfach, indem diese ganze Frage „vergessen" wird. Über den Zeitraum von 1918 bis 1955 kommt nichts über die Frage der slowenischen nationalen Minderheit vor - außer dem Hinweis auf „jugoslawische Gebietsforderungen" (die von allen drei Parteien in Österreich abgelehnt wurden)" (S.285). In diesen nationalen Fragen ist es so, daß bereits in den 30er-Jahren, als Genosse Klahr und die Parteiführung eine wissenschaftliche Auffassung über Existenz und Entwicklung der österreichischen Nation erarbeiteten, theoretische Fehler gemacht wurden. Der Aspekt der österreichischen Nation, daß sie gegenüber den nationalen Minderheiten in Österreich Unterdrückernation war und auch ihre ganze unterdrückerische Vergangenheit, fielen unter den Tisch. Die österreichische Nation wurde nur als vom Hitlerfaschismus unterdrückte Nation behandelt. Dieser theoretische Fehler erleichterte es sicherlich, daß später nationalistische Fehler gemacht wurden. Gegenwärtig stellt sich die KPÖ überhaupt gegen den Kampf der slowenischen Minderheit um ihre nationalen Rechte und um Gleichberechtigung.

Insgesamt ist es bedauerlich, daß die Parteigeschichte 1955 endet. Sie kann so nur die revolutionäre Vergangenheit der Partei aus der Sicht der heutigen revisionistischen Parteiführung behandeln. Auch das ist aufschlußreich. Interessanter noch wäre aber eine revisionistische „Geschichte" der KPÖ nach 1955, die Selbstdarstellung des Revisionismus. Daß die Parteigeschichte mit 1955 abbricht, dürfte in der Hauptsache den Grund haben, daß es darüber nach wie vor keinerlei einheitliche Auffassung in der KPÖ gibt. Jede Darstellung dieser Zeit würde „alte Wunden wieder aufreissen" und die mühsam gekittete „Einheit der Partei" gefährden. Das zeigt, des auf der Grundlage des Revisionismus letztlich keine „Einheit der Partei" geben kann, solange sich noch ehrliche Menschen in der Partei befinden, die wirklich für den Kommunismus kämpfen wollen.



Demonstration während des Massenstreiks gegen den Preistreiberpakt 1950.

Leserbrief

Liebe Freunde!

Ich habe in Eurer ausgezeichneten Broschüre „AKW Zwentendorf - Nein" mit Interesse gelesen, daß es mit der angeblichen „baldigen Erschöpfung" der herkömmlichen Energiequellen Öl, Kohle und Gas nicht weit her ist. In diesem Zusammenhang möchte ich Euch gerne einige Zahlen weitergeben, die ich in der Neuen Züricher Zeitung vom 17.8.1978 gefunden habe. („*Wie groß sind die globalen Erölreserven?*"). Dort heißt es übrigens mit Recht: „*Wenn heute hinsichtlich des Ausmaßes der Welt-Erdölreserven von einer Verwirrung gesprochen wird, ist die ... zu einem beachtlichen Teil auch auf die politisch motivierten Schätzungen zurückzuführen.... Wenig zweckmäßig dürfte es sein, sich etwa auf Schätzungen der amerikanischen CIA oder der Internationalen Energieagentur IEA abzustützen, deren Ziel es offensichtlich sein muß, einer bestimmten Energiepolitik zum Durchbruch zu verhelfen, also mehr das Wünschbare zu fördern als die Realität zu bestätigen.*" (Beachtenswert finde ich hier übrigens die ungewollt treffende Gleichsetzung von CIA und IEA.)

Dann werden Angaben von der Weltenergiekonferenz (WEK) vom Frühjahr 1978 zitiert (World Ernergy Resouces 1985 - 2020, IPC Science and Technology Press, Guilford New York 1978). Diese sind also um vier Jahre „jünger" als die in Eurer Broschüre zitierten Angaben der WEK von 1974.

Die WEK unterscheidet „förderbare Reserven" und „vorläufig nicht förderbare Reserven". Mit feinem imperialistischen Spürsinn definiert der Verfasser, Dr. Gehr von der Erdölvereinigung Zürich: „*Unter den vorläufig nicht förderbaren Reserven sind jene zu verstehen, deren Ausbeutung unter den gegenwärtigen wirtschaftlichen Bedingungen keine genügende Rendite abwirft oder für deren Förderung die technischen Mittel noch nicht zur Verfügung stehen.*" (Man müßte hier wohl ergänzen, daß diese technischen Mittel unter kapitalistischen Verhältnissen eben erst dann zur Verfügung stehen, wenn die „genügende Rendite" winkt.)

Folgendes sind nun die Angaben der WEK 1978 über förderbare und „vorläufig nicht förderbare" Reserven von Erdöl:

Förderbare Reserven: ca. 260 Milliarden Tonnen

„Vorläufig nicht förderbare Reserven":
aus Ölschiefer: ..... ca. 400 Milliarden Tonnen
aus Teersand: ....ca. 300 - 360 Milliarden Tonnen
Reserven im Meeresboden in mehr als 200 m Tiefe- .... ca. 40 Milliarden Tonnen
Reserven in der Polarregion.....keine Angaben

Die 260 Milliarden Tonnen förderbaren Reserven enthalten 100 Milliarden bereits entdeckte, aber noch nicht erschlossene oder ausgeschöpfte Reserven (dies gegenüber der von Euch nach WEK 1974 genannten Zahl von 91,5 Milliarden Tonnen), weiters 160 Milliarden Tonnen noch nicht entdeckte, aber hinreichend wahrscheinliche Reserven. Es wird von Seiten der WEK damit gerechnet, daß bis zum Jahr 2000 jährlich 3-4 Milliarden Tonnen neu entdeckt werden!

Von den 260 Milliarden werden von der WEK folgenden Regionen folgende Anteile zugeschrieben:

Region	Anteil
USA und Kanada	11,0 %
Westeuropa	4,5 %
Ostblock und China	23,0 %
Naher Osten und Nordafrika	42,0 %
übriges Afrika	4,5 %
Lateinamerika	9,0 %
Süd- und Ostasien	6,0 %

Ca. 2 Drittel dieser Reserven liegen also in Länder der Dritten Welt, China ausgenommen. Daraus kann man meiner Meinung nach entnehmen, daß die imperialistischen Gelüste auf die Erdölvorkommen der Dritten Welt noch lange nicht abklingen werden und daß andererseits die Waffe Erdöl für die Dritte Welt auch noch lange scharf sein wird. Daran werden wohl auch noch so kriminelle AKW-Programme der imperialistischen Staaten nichts ändern können.